

S. N. Gagarina

Kandidat der Wirtschaftswissenschaften

Die politische
und ökonomische Lage der Frauen
in den kapitalistischen Ländern

Bibliothek
Partei-Hochschule
Karl Marx



DIETZ VERLAG BERLIN

1953

Originaltitel:

Кандидат экономических наук

З. Н. ГАГАРИНА

ПОЛИТИЧЕСКОЕ И ЭКОНОМИЧЕСКОЕ
ПОЛОЖЕНИЕ ЖЕНЩИН
В КАПИТАЛИСТИЧЕСКИХ СТРАНАХ

Aus dem Russischen von Rosemarie Frenzel

Die vorliegende Ausgabe ist die Übersetzung des Stenogramms einer öffentlichen Vorlesung, die im Zentralkollegat der Uniongesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse in Moskau gehalten wurde.

Der Verlag

Die politische und ökonomische Nichtgleichberechtigung der Frauen in der Gesellschaft rief schon immer und ruft auch heute die Empörung und den Protest der fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt hervor. Der Kampf um die Befreiung der Frauen wird schon jahrhundertlang geführt. Im Laufe dieses Kampfes wurden zu verschiedenen Zeiten die verschiedenartigsten Theorien aufgestellt, durch deren Verwirklichung, nach Ansicht ihrer Urheber, die „Frauenfrage“ gelöst werden sollte.

Die Urheber aller dieser Theorien lösten dieses überaus schwierige gesellschaftliche Problem jedoch in Wirklichkeit nicht und konnten es auch nicht lösen, weil sie in ihrer bürgerlichen Begrenztheit die wirklichen, klassenbedingten Ursachen für die Nichtgleichberechtigung der Frauen nicht begriffen, weil sie nicht sehen wollten, daß die Befreiung der Frauen ohne die Befreiung der gesamten werktätigen Menschheit von der kapitalistischen Unterjochung unmöglich ist.

Allein der Marxismus-Leninismus gab die richtige theoretische und praktische Lösung der „Frauenfrage“, indem er sie mit dem politischen Klassenkampf des Proletariats um seine Befreiung verband.

Lenin und Stalin lehren, daß das Proletariat nicht völlig frei werden kann, ehe es nicht für die Frauen völlige Freiheit erkämpft hat.

J. W. Stalin schrieb in einem dem Internationalen Frauentag im Jahre 1925 gewidmeten Artikel:

„Die werktätigen Frauen, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen, bilden eine gewaltige Reserve der Arbeiterklasse. Diese Reserve macht mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Ob diese Frauenreserve für die Arbeiterklasse oder gegen sie sein wird — davon hängt das Schicksal der proletarischen

Bibliothek
Partei-Hochschule
Karl Marx

Bibliothek
Partei-Hochschule
Karl Marx

53018332

1.—10. Tausend

Copyright 1953 by Dietz Verlag GmbH, Berlin · Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten · Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf · Papierformat: 61×86 cm
Autorenbogen: 3 · Druckbogen: 3,5 · Lizenz-Nr. 1 · Druck: Aufbau-Druckerei Köthen

Bewegung, der Sieg oder die Niederlage der proletarischen Revolution, der Sieg oder die Niederlage der proletarischen Staatsmacht ab.⁴¹

Seit ihrem Bestehen kämpft die Partei der Bolschewiki für die Gleichberechtigung der Frauen und deren Befreiung. Sie wies den einzig richtigen Weg zur Befreiung der Frauen, den Weg des gemeinsamen Kampfes mit der gesamten Arbeiterklasse. Die Partei betrachtete die Frage der gesellschaftlichen Lage der Frauen als eine Teilfrage des Kampfes gegen den Kapitalismus und für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Die Führer der bolschewistischen Partei, Lenin und Stalin, wiesen darauf hin, daß die Unterjochung der Frau in der Gesellschaft und in ihrem täglichen Dasein untrennbar mit der kapitalistischen Ordnung verbunden ist und daß nur die gewaltsame Zertrümmerung dieser Ordnung zur völligen Befreiung der Frau führen kann. Lenin und Stalin entlarvten den wahren Sinn der bürgerlichen, sogenannten feministischen (Frauen-) Bewegung, die die Illusion verbreitete, die Frauen könnten die tatsächliche Gleichberechtigung ohne den Kampf um grundlegende gesellschaftliche Umwandlungen erreichen.

Unter Führung der bolschewistischen Partei erkämpften die werktätigen Frauen Rußlands gemeinsam mit der Arbeiterklasse den Sieg der proletarischen Revolution, den Sieg des Sozialismus und damit die völlige Gleichberechtigung der Frauen.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution brachte den Frauen Rußlands die völlige politische und ökonomische Gleichberechtigung mit den Männern. Seit den ersten Tagen des Bestehens der Sowjetmacht zieht die Partei der Bolschewiki die Arbeiterinnen und Bäuerinnen zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben heran, schaltet sie die Frauen in die gesellschaftlich-produktive, sozialistisch organisierte Arbeit ein.

Eine gewaltige Arbeit leistete die Partei in bezug auf die politische Erziehung der Frauen und ihre Heranziehung zur Arbeit im Staatsapparat.

¹ J. W. Stalin, Werke, Bd. 7, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 41.

„Die politische Aufklärung der werktätigen Frauen ist jetzt, da die Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern übergegangen ist, von erstrangiger Bedeutung“⁴¹,

schrrieb Genosse Stalin in seinem Artikel „Zum fünfsten Jahrestag des ersten Kongresses der Arbeiterinnen und Bäuerinnen“ im Jahre 1923.

Auf dem XVII. Parteitag unterstrich Genosse Stalin im Rechenschaftsbericht erneut, daß

„die Frauen die Hälfte der Bevölkerung unseres Landes ausmachen“, daß „sie eine riesige Arbeitsarmee bilden“, daß „sie berufen sind, unsere Kinder, unsere künftige Generation, d. h. unsere Zukunft, zu erziehen. Deshalb können wir nicht zulassen, daß diese gewaltige Armee von Werktätigen in Finsternis und Unwissenheit dahinvegetiert! Deshalb müssen wir die zunehmende gesellschaftliche Aktivität der werktätigen Frauen und ihr Auf-rücken in leitende Stellungen als unzweifelhaftes Zeichen des Steigens unseres Kultur-niveaus begrüßen.“⁴²

Die Verwirklichung der Lenin-Stalinschen Politik in der Frauenfrage seitens der bolschewistischen Partei führte in der UdSSR zur völligen Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Die entscheidenden Erfolge des Sozialismus in der UdSSR fanden ihre gesetzgeberische Verankerung in der Stalinschen Verfassung. In Artikel 122 der Verfassung ist festgelegt:

„Der Frau stehen in der UdSSR auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, staatlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens die gleichen Rechte wie dem Manne zu.“⁴³

Wie dem Mann, so ist auch der Frau das Recht auf Arbeit, auf Erholung, auf Bildung und auf materielle Versorgung im Alter garantiert.

Die sowjetischen Frauen erhalten für gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie die Männer. In der Sowjetunion gilt das sozia-

¹ J. W. Stalin, Werke, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 305.

² J. Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag“; „Fragen des Leninismus“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 557.

³ Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Berlin 1947, S. 44.

listische Prinzip, die Arbeit nach Quantität und Qualität zu bezahlen: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.“

Das stetige Wachstum des materiellen Wohlstandes und des kulturellen Lebensniveaus des Volkes ist ein unabdingbares Gesetz des Sozialismus.

Dieses Gesetz findet seinen klarsten Ausdruck in der Preis-senkung für Massenbedarfsartikel und Nahrungsmittel, die systematisch alljährlich in unserem Lande durchgeführt wird.

Der Ministerrat der UdSSR und das ZK der KPdSU(B) erachteten es als möglich, ab 1. März 1951 eine neue Senkung der Einzelhandelspreise, die vierte dieser Art, durchzuführen, wodurch die Bevölkerung jährlich etwa 35 Milliarden Rubel einspart.

Das stetige Wachsen des Reallohnes der Arbeiter und Ange-stellten sowie der Einkünfte der Bauern und die bedeutende Hebung ihres Wohlstandes werden in unserem Lande auf der Grundlage der beständig steigenden Arbeitsproduktivität und der immer größeren Erfolge in der sozialistischen Volkswirtschaft verwirklicht.

Die sowjetischen Frauen spielen in der Volkswirtschaft eine hervorragende Rolle: Millionen Frauen sind Bestarbeiterinnen der sozialistischen Industrie, der sozialistischen Landwirtschaft, auf kulturellem Gebiet; von den Spezialisten mit abgeschlossener Hochschulbildung sind mehr als die Hälfte Frauen, und in einigen Spezialberufen (Ärzte und Pädagogen) beträgt ihr Anteil bedeutend mehr als die Hälfte der Gesamtzahl an Spezialisten.

Alle Bildungszweige, alle Berufe stehen der sowjetischen Frau offen: Es gibt Frauen, die als Ingenieure, Agronomen, Maschi-nisten, Flieger, Fabrikdirektoren, Gelehrte, Leiter von Lehr- und wissenschaftlichen Anstalten, als Minister usw. tätig sind.

Vielen sowjetischen Frauen wurden für ihre aufopferungsvolle Arbeit zum Wohle des Vaterlandes und für ihre Heldentaten im Großen Vaterländischen Krieg hohe staatliche Auszeichnungen verliehen. Unter den Helden der Sozialistischen Arbeit befindet

sich eine große Anzahl Frauen. Für ausgezeichnete Arbeit auf den Gebieten der Wissenschaft, der Technik¹ oder der Kunst wurde vielen Frauen der Stalinpreis verliehen.

An der Arbeit der gesellschaftlichen Organisationen nehmen die sowjetischen Frauen überaus regen Anteil; Hunderttausende Frauen sind Aktivistinnen der Gewerkschaften, viele Frauen arbeiten in verantwortungsvollen Funktionen der Gewerkschafts-, Jugend-, Genossenschafts- und sonstigen Organisationen.

Auch an der Leitung des Staates beteiligen sich die Frauen aktiv. So waren zum Beispiel 1922 von den vom ersten Sowjetkongress in das Zentrale Exekutivkomitee gewählten Mitgliedern fünf Frauen, von den 1937 in den Obersten Sowjet der UdSSR gewählten Deputierten jedoch bereits 187 Frauen. 1946 wurden 277 Frauen als Deputierte in den Obersten Sowjet gewählt und 1950 sogar 280 Frauen. In die Obersten Sowjets der Unions- und autonomen Republiken wurden 1947 mehr als 1700 Frauen gewählt. Etwa eine halbe Million Frauen sind Deputierte der örtlichen Sowjets der Deputierten der Werktätigen.

Besonders groß ist das Verdienst der Partei und des Sowjetstaates hinsichtlich der Einbeziehung der Frauen der nationalen Sowjetrepubliken in das politische und kulturelle Leben. Die Frauen des Sowjetischen Ostens, denen vor der Revolution verboten war, sich unverschleiert auf der Straße zu zeigen, beteiligen sich jetzt aktiv an der Leitung des Staates. So wurden in der Tadshikischen SSR 86 Frauen in den Obersten Sowjet der Republik und über 4000 Frauen in die Gebiets-, Stadt-, Rayon-sowjets sowie in die Sowjets der Arbeitersiedlungen gewählt.

Dem Obersten Sowjet der Usbekischen SSR gehören 106 Frauen an. Über 13 000 Frauen arbeiten als Deputierte der örtlichen Sowjets. Ebenso ist die Lage auch in den anderen nationalen Republiken der Sowjetunion.

Viele Frauen üben in der Sowjetunion leitende Staatsfunktionen aus. Soja Ananjewna Andrejewa ist Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Tschuwaschischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik und gleichzeitig stellver-

tretende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR. Die ehemalige Fischerin Bachty Gul Altybajewa arbeitet als Minister für Fischereindustrie der Turkmenischen SSR. Jewdokija Trofimowna Gutenkowa leitet das Ministerium für Sozialfürsorge der Bjelorussischen SSR usw. Zahlreiche Frauen sind stellvertretende Minister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Minister der Unions- und autonomen Republiken.

Ehre und Hochachtung werden in der Sowjetunion der Mutter zuteil. Die bolschewistische Partei und der Sowjetstaat umgeben sie mit ständiger Sorge. Ein umfangreiches, wissenschaftlich organisiertes System des Mütter- und Säuglingsschutzes wurde geschaffen. Über 93 Prozent aller Wöchnerinnen in den Städten und 83 Prozent der Wöchnerinnen auf dem Lande genießen die Hilfe von Ärzten und Hebammen. 8030 Beratungsstellen für Mutter und Kind und 3570 Säuglingsmilchstuben dienen mit ihren Heil- und Vorbeugungsmaßnahmen dem Schutz der Gesundheit von Mutter und Kind. Gegen Ende 1949 betrug die Zahl der Kinderkrippen 18500. Im Sommer 1950 erhielten sich fünf Millionen Kinder in Pionierlagern, Sanatorien, Kindergärten und Kinderkrippen, die auf dem Lande angelegt worden sind.

Für den Schutz der Mutterschaft, für die Erziehung der Kinder verwendet der Sowjetstaat riesige Summen. Allein in den letzten fünf Jahren wurden an alleinstehende und kinderreiche Mütter etwa 18 Milliarden Rubel für den Unterhalt der Kinder gezahlt.

Der Sowjetstaat ehrt die Mutter. Mehr als drei Millionen Frauen wurden mit dem Orden „Muterruhm“ und mit der „Medaille für Mutterschaft“ ausgezeichnet. 33 000 Mütter tragen den Ehrentitel „Mat-Geroinja“ (Mutter-Heldin).

Umgeben von der ständigen Fürsorge der Partei und der Regierung, wurde die Frau in der Sowjetunion zu einer großen Kraft auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Kultur und des gesellschaftlich-politischen Lebens.

Die Sowjetunion, die beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft gewaltige Erfolge errungen hat, ist für die gesamte Menschheit ein Vorbild. Darum bauen die Werktätigen in den Ländern der Volksdemokratie, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien, nach dem Beispiel der Völker der Sowjetunion ein neues Leben auf. In den Ländern der Volksdemokratie sind riesige ökonomische und politische Umwandlungen vor sich gegangen. Große Teile der Werktätigen sind in die Leitung des Staates und der Volkswirtschaft, in den Aufbau des Sozialismus einbezogen.

Das Beispiel und die Hilfe der Sowjetunion, die erhabene Lehre Lenins und Stalins führten diese Länder zu großen ökonomischen und politischen Siegen. Die Frauen der Tschechoslowakei schrieben in ihrer Botschaft an Genossen Stalin zu seinem 70. Geburtstag folgendes:

„Wie könnten wir die erhabene Lehre von Marx und Lenin — Ihre Lehre — nicht schätzen, wir, die Frauen und Mütter, die wir unter dem Kapitalismus nicht genügend Brot für unsere Kinder hatten? Sie waren für uns Unterstützung im Kampf, als man in der ersten Republik unsere Männer und uns deshalb von der Arbeit jagte, verhaftete und erschoss, weil wir gegen Hunger und Rechtlosigkeit kämpften... Millionen ruhmreicher Rotarmisten gaben ihr Leben auch für unsere Freiheit... Nach der Befreiung halfen Sie uns, ein besseres, glücklicheres Leben als früher aufzubauen. Wir danken Ihnen für das Getreide, das Sie uns sandten, als vor zwei Jahren die Dürre unsere Ernte vernichtete. Wir sind Ihnen täglich von neuem in Dankbarkeit verbunden für die freundschaftliche Hilfe und Unterstützung, die es uns ermöglichte, alle Hindernisse zu überwinden. Dank Ihrer Erfahrungen im Aufbau des Sozialismus sind wir in der Lage, den Sozialismus auch in unserem Lande erfolgreich aufzubauen. Ihre Stachanowarbeiter, Männer und Frauen, sind für unsere Stoßarbeiter und -arbeiterinnen ein leuchtendes Beispiel. Ihre Jugend ist das Vorbild für unsere junge Generation.“

Die Regierungen der Länder der Volksdemokratie erweisen den werktätigen Frauen große Hilfe: In der Tschechoslowakei wurden 1948 für den Schutz von Mutter und Kind 12 Prozent, in Ungarn 17 Prozent des Budgets ausgegeben. In der Tschechoslowakei, in Polen und Bulgarien erhalten die Frauen für ihre Kinder Unterstützungen.

In den Dörfern Rumäniens gab es früher nicht ein einziges Entbindungsheim, jetzt sind 684 Entbindungsheime aufgebaut. Die Anzahl der Plätze in Entbindungsheimen im Lande stieg im Vergleich zu 1942 um 42 Prozent.

In der Tschechoslowakei erhöhte sich die Anzahl der Plätze in Entbindungsheimen auf das Vierfache. In Albanien gab es früher überhaupt keine Entbindungsheime, jetzt bestehen elf. In Ungarn gab es 52 (davon wurden 23 zerstört), jetzt gibt es 82 Entbindungsheime.

Die Frauen in den Ländern der Volksdemokratie sind aktiv an der gesellschaftlich nutzbringenden, schöpferischen Arbeit beteiligt.

Die werktätigen Frauen der Tschechoslowakei setzen alle ihre Kräfte für die Festigung und den Aufschwung ihrer Heimat ein; über 56 000 Frauen sind Stoßarbeiterinnen in der Produktion. Mehr als 25 Prozent der Arbeiter in der polnischen Industrie sind Frauen; eine große Anzahl Frauen hat sich dem Wettbewerb angeschlossen. In Bulgarien beträgt der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der in der Industrie Beschäftigten 49 Prozent. Auch die bulgarischen Frauen haben den Produktionswettbewerb auf breiter Basis entfaltet. 80 Prozent der in der Textilindustrie Rumäniens Beschäftigten sind Frauen. Auch bei ihnen hat der Wettbewerb um die vorfristige Planerfüllung einen großen Umfang angenommen. Im kleinen Albanien, wo die Frau früher nicht einmal die elementarsten Rechte besaß, ist jetzt eine große Anzahl Frauen in leitenden Stellungen in der Wirtschaft und im Genossenschaftswesen tätig. In der Volksrepublik China erhielten die Frauen die gleichen Rechte wie die Männer, und bereits heute arbeiten über 20 000 Frauen in gehobenen Staatsfunktionen.

In den Ländern der Volksdemokratie erhielt eine große Anzahl Frauen staatliche Auszeichnungen für aktive, aufopferungsvolle Arbeit. So sind zum Beispiel in Ungarn 35 Prozent aller mit der Medaille „Für Verdienste“ Ausgezeichneten Frauen; der Anteil der Frauen an der Auszeichnung mit der Medaille „Für

gute Arbeit“ beträgt 15 Prozent. In Polen wurden 251 Frauen für ihre erfolgreiche Arbeit auf den Gebieten der Produktion und für erfolgreiche gesellschaftliche Arbeit mit staatlichen Auszeichnungen bedacht.

Gleichzeitig steigt in diesen Ländern unaufhörlich der Nominal- und der Reallohn, die Preise für Lebensmittel und Industriewaren werden gesenkt und für die breiten Massen der Werktätigen ist eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen zu beobachten.

So übertrifft zum Beispiel in Polen der Stand der Industrieproduktion den Vorkriegsstand um 51 Prozent, und der Arbeitslohn erhöhte sich im Vergleich zur Vorkriegszeit um 18 Prozent. In der Tschechoslowakei stieg die Industrieproduktion um 10 Prozent und das Lohnniveau um 40 Prozent. In Ungarn beträgt das Ansteigen der Industrieproduktion 27 Prozent, und der Arbeitslohn stieg ebenfalls um 27 Prozent im Vergleich zur Vorkriegszeit.

Die Errungenschaften der Sowjetunion auf ihrem Weg zum Kommunismus und die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in den Ländern der Volksdemokratie, die ständige Hebung des materiellen Wohlstandes und der Kultur der breiten Massen der Werktätigen in diesen Ländern werden besonders deutlich, wenn man den Verfall von Wirtschaft und Kultur in den Ländern des imperialistischen Lagers dem gegenüberstellt. Die Versärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die Zuspitzung der inneren und äußeren Widersprüche des Kapitalismus drängen die amerikanisch-englischen Imperialisten zur Entfesselung eines neuen Weltkrieges. Auf Kosten einer noch nie dagewesenen Ausplünderung der Volksmassen betreiben die Imperialisten das Ansteigen der Rüstungsausgaben, die in die Millionen Dollar gehenden Aufwendungen für das Wetrüsten, für die Entfesselung neuer Kriegsabenteuer.

Im Verhältnis zu 1950/51 verdoppelte die Regierung der USA die Mittel für Rüstungsausgaben im Jahre 1951/52, und gegen-

wärtig betragen sie 89 Prozent des Budgets. Die Labour-Regierung Englands verkündete im Parlament für die nächsten drei Jahre ein Rüstungsprogramm über 4700 Millionen Pfund Sterling. Ebenso rasch steigen die Rüstungsausgaben in Frankreich, Italien und in den anderen Ländern des Nordatlantikblocks.

Die Rüstungskredite Frankreichs für das Jahr 1951 betragen 740 Milliarden Francs bei einer Gesamtausgabensumme von 2612 Milliarden Francs; in dieser Summe sind die zur Durchführung des von der Regierung ausgearbeiteten Aufrüstungsplans benötigten zusätzlichen Ausgaben nicht einbezogen.

Im raschen Tempo wird der japanische Militarismus von den USA wiedererrichtet und die Remilitarisierung Westdeutschlands durchgeführt.

Die Kriegsvorbereitungen bringen den Monopolisten Riesenprofite ein. Nach offiziellen Angaben belief sich die Gesamtsumme der Profite der französischen Kapitalisten 1947 auf 124 Milliarden Francs, 1948 auf 400 Milliarden Francs, 1949 auf 500 Milliarden Francs und stieg 1950 auf 800 Milliarden Francs an. 189 englische Gesellschaften gaben kürzlich bekannt, daß die Gesamtsumme ihrer Profite auf 62,8 Millionen Pfund Sterling gegenüber 56,5 Millionen Pfund Sterling in der vorangegangenen Berichtsperiode angestiegen sei.

Die Last der immer größer werdenden Rüstungsausgaben wälzen die Imperialisten auf die Schultern der werktätigen Massen ab. Anfang Februar 1951 veröffentlichte das Sekretariat des Weltfriedensrates eine Erklärung, in der es in bezug auf die wachsenden Rüstungsausgaben heißt:

„Die Völker der ganzen Welt sind gegen das Wettrüsten, für das sie einen so hohen Preis zu zahlen gezwungen werden. Wettrüsten bedeutet, daß keine Wohnungen für die Bevölkerung gebaut werden, daß an Stelle des täglichen Brotes und der anderen lebenswichtigen Güter Bomben und Panzer produziert werden und daß das Leben der Kinder durch den Schatten der ständigen Kriegsgefahr verdüstert wird.“¹

Eine direkte Folge der wachsenden Kriegsbudgets ist das Steigen der zu ihrer Deckung erforderlichen Steuern.

¹ „Neues Deutschland“, 4. 2. 1951.

In den USA haben sich die auf dem Arbeitslohn liegenden Steuern in der letzten Zeit durchschnittlich um 77 Prozent erhöht. 1950/51 betragen die Steuern ungefähr das Achtfache der Steuern des Jahres 1938/39. Die Lebenshaltungskosten hatten sich, verglichen mit denen des Jahres 1939, zu Anfang des Jahres 1951 um 81 Prozent erhöht.

In England stiegen die indirekten Steuern in den Jahren 1946—1949 um 6 Pfund pro Kopf und Jahr, d. h. um 11 Shilling und 6 Pence in der Woche pro Familie mit fünf Personen. Im Vergleich zu denen des Jahres 1939 erhöhten sich die Steuern auf das Vierfache.

Der Bund Französischer Frauen gab ein Plakat heraus, dessen Text sehr deutlich die Höhe der Rüstungssteuern in Frankreich zeigt.

Der Text des Plakates lautet:

„Familienmütter!

Ihr bezahlt

den Krieg in Vietnam
und den dritten Weltkrieg,
den die Regierung vorbereitet.

Urteilt selbst:

Wurst	Preis 430 Fr., davon 85 Fr. Rüstungssteuer,
Zucker	Preis 105 Fr., davon 25 Fr. Rüstungssteuer,
Wein	Preis 80 Fr., davon 15 Fr. Rüstungssteuer,
Halbschuhe	Preis 2900 Fr., davon 600 Fr. Rüstungssteuer,
Zigaretten	Preis 65 Fr., davon 50 Fr. Rüstungssteuer.

Frauen, Mütter“, mahnt der Bund der Französischen Frauen, „damit Eure Kinder durch Armut keine Entbehrungen mehr leiden, fordert gemeinsam mit dem Bund Französischer Frauen eine andere Regierung, eine Friedenspolitik!“

In Finnland werden vom Lohn der Arbeiter 15—20 Prozent als Steuern abgezogen. In Kanada sind nur 10 Prozent der Farmer in der Lage, ihre Steuern zu bezahlen. Der Übergang dieser Länder zur Kriegswirtschaft ist von Verkürzung der Gelder für den zivilen Sektor, Erhöhung der Preise für Massenbedarfsartikel und verstärkter Ausbeutung der Werktätigen begleitet.

Das Sinken des Reallohnes und der Kaufkraft der Bevölke-

runge ist eine Folge der Preissteigerung für Bedarfsgüter sowie das Resultat der auf Geheiß der USA in einer Reihe von Ländern durchgeführten Inflation und Entwertung der Währung.

In den Vereinigten Staaten haben sich die Preise im Vergleich zu denen des Jahres 1939 um 70 Prozent erhöht. Der Reallohn ist von 1945—1948 um 14 Prozent gesunken, und die Lebensmittelpreise sind in den Jahren 1946—1948 um 30 Prozent gestiegen. Selbst offiziellen Angaben der amerikanischen Statistik zufolge verfügen 76 Prozent der amerikanischen Bevölkerung nicht über das nötige Existenzminimum. Im Vergleich zu 1946 hat sich der Lebensstandard der Arbeiter im Jahre 1948 um 25—30 Prozent gesenkt, und das Existenzminimum ist in den letzten zehn Jahren um mehr als 70 Prozent gestiegen. Die militärischen Abenteuer der amerikanischen Imperialisten führten zu einem erneuten Absinken des Lebensstandards der amerikanischen Werktätigen. Der Präsidentschaftssekretär Steelman erklärte am 15. September im Zusammenhang mit der Aggression der USA in Korea, daß „die ganze Nation den Riemen enger schnallen, mehr arbeiten, mehr sparen und mehr Steuern zahlen muß“.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsbeirates beim Präsidenten, Dr. E. G. Nourse, erklärte ganz unverblümt:

„Jeder Bürger muß die Tatsache erkennen, daß die weitere Abziehung von Produktionskapazitäten für die Rüstungsproduktion unausbleiblich mit einigen Opfern hinsichtlich der Verbrauchsgüter verbunden ist. Darin besteht unsere spezifische Anwendung der alten Alternative: Kanonen oder Butter.“

Die Zeitschrift „United States News and World Report“ enthielt einen Artikel mit der Überschrift: „Das Leben im Jahre 1951 wird ein anderes sein.“ In diesem Artikel heißt es:

„Die amerikanische Hausfrau wird im Jahre 1951 genug Grund zum Murren haben... In diesem Jahr wird sich ein Mangel an gutem Fleisch bemerkbar machen, und die Fleischpreise werden sich noch mehr erhöhen. Kinderkleidung wird nicht zu haben sein. Ebenso wird es sich mit Schuhwaren verhalten. Einige Dinge werden knapp werden, zeitweise vielleicht sogar Kasserollen, Bratpfannen oder sogar Konserven. Es ist auch möglich, daß wir später das Kartensystem wieder einführen müssen.“

In England hat die Politik der Labour-Regierung auf dem Gebiet des Arbeitslohns dazu geführt, daß sich das Lebensniveau der Werktätigen unter den Bedingungen der Inflation und der Preissteigerung unaufhörlich senkt. Nach einer Mitteilung des englischen Finanzministers Gaitskell kam die Kaufkraft von einem Pfund Sterling, wenn man sie für das Jahr 1938 mit 100 ansetzt, 1948 gleich 54 und im Februar 1950 gleich 52. Bis heute besteht in England das Kartensystem, und zwar mit einer noch strengeren Rationierung der Lebensmittel als in den Kriegsjahren. So werden zum Beispiel auf Karten pro Person wöchentlich etwas mehr als 200 g Fleisch, ungefähr ebensoviel Zucker und etwa 50 g Speck usw. ausgegeben. Der englische Arbeiter erhält gegenwärtig höchstens 60 Prozent der Lebensmittelmenge, die er in den krisenreichen Vorkriegsjahren verbrauchen konnte. Am 31. Januar 1950 schrieb die englische Zeitung „News Chronicle“, daß trotzdem „20—30 Prozent der Bevölkerung aus Geldmangel ihre Rationen an Butter, Margarine, Käse, Speck usw. nicht voll kaufen können“.

In den Nachkriegsjahren wurden die Preise für rationierte Lebensmittel mehrmals erhöht.

Die Lebensmittelpreise sind in den Jahren 1949 und 1950 im Vergleich zu 1946 wie folgt gestiegen: für Kartoffeln und Eipulver um 100 Prozent, Bohnen um 117 Prozent, Speck um 14 Prozent, Fette um 25 Prozent, Zucker um 31 Prozent.

Im April 1951 wurde wiederum eine Preiserhöhung für Fleisch, Speck und andere Nahrungsmittel durchgeführt. Auch die Eisenbahnfrachtkosten stiegen um 16,5 Prozent. Das deutet für die Arbeiter eine weitere Erhöhung der Ausgaben für Heizung, Gas und Licht.

Anfang Dezember 1950 gab Gaitskell ein erneutes Absinken des Lebensstandards für das bevorstehende Jahr 1951 bekannt. Und bereits im Laufe der Monate Dezember 1950 sowie Januar 1951 wurden die Preise für Baumwollstoffe, Kinderkleidung, Kolonial- und Konditorwaren, Möbel usw. erhöht. Außerdem stiegen die Kosten für Eisenbahnfrachten.

In Frankreich betrug die Kaufkraft der Arbeiter 1950 nur noch 48 Prozent der Kaufkraft von 1938.

Schon nach dem ersten Jahr der „Marshallisierung“ Frankreichs stiegen die Preise rapide an. In einer Nummer der Zeitung „Humanité“, dem Organ des ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs, waren statistische Angaben veröffentlicht, die die Preissteigerung charakterisieren:

	1948 (September)	1949 (September)
Butter (1 kg)	412 Francs	700 Francs
Zucker (1 kg)	64	93,5
Kartoffeln (1 kg)	11	16
Milch (1 l)	26	39
Grüne Bohnen (1 kg)	100	130
Schuhwerk (1 Paar)	2 600	3 500
Durchschnittsmiete	7 000	11 620
Fahrpreis für U-Bahn	8	15

Nach Angaben des „Sozialausschusses“ beträgt das Existenzminimum in Frankreich monatlich etwa 20 000 Francs. 27—36 Prozent aller Lohnarbeiter erhalten jedoch weniger als 10 000 Francs, 36—51 Prozent weniger als 12 000 Francs und die Arbeiterinnen und Mädchen nur 7000 bis höchstens 12 000 Francs als Lohn.

In Italien beträgt das Existenzminimum einer fünfköpfigen Familie nach Feststellung des Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbundes 60 000 Lire pro Monat, 41,8 Prozent der Arbeiter erhalten monatlich aber nur 22 000 Lire, das heißt, sie erhalten lediglich ein Drittel des Existenzminimums.

In Schweden haben sich 1949 die Preise für Gebrauchsgüter im Vergleich zu 1939 verdoppelt. Unaufhörlich steigen die Preise in Norwegen, Dänemark und Finnland.

Eine rapide Preiserhöhung für Gebrauchsgüter ist in Italien, Spanien, Jugoslawien, Griechenland und in anderen Ländern zu beobachten. In Italien stiegen die Lebensmittelpreise von

1938 bis Februar 1950 auf das 70fache, für Kleidung auf das 57fache, für Heizung auf das 35fache, für Mieten auf das 6fache. Im Vergleich zu 1938 erhöhten sich die Lebenshaltungskosten in Italien bis Ende 1949 auf das 48fache (nach Angaben der offiziellen Zeitung „Messaggero“ vom 4. März 1950).

In Spanien stiegen die Marktpreise 1949 im Vergleich zu 1937 um 400—500 Prozent. „Das heutige Spanien“, sagt Dolores Ibarruri, „ist ein Land, in dem chronischer Hunger herrscht.“

Einen wesentlichen Teil der einer Arbeiterfamilie in den kapitalistischen Ländern zur Verfügung stehenden Mittel verschlingen die Ausgaben für die Wohnung.

In Amerika entfallen auf die Wohnungsmiete 25—40 Prozent des Arbeitslohnes.

Ein großer Teil der Werktätigen lebt in äußerst schwierigen Wohnverhältnissen.

„Eines der schlimmsten Geschwüre der Großstädte in den europäischen, asiatischen und amerikanischen Ländern ist das Bestehen von Elendsvierteln, in denen Millionen von völlig verarmten Werktätigen zu einem jämmerlichen Dahinvegetieren und einem langsamen, qualvollen Tod verurteilt sind“¹,

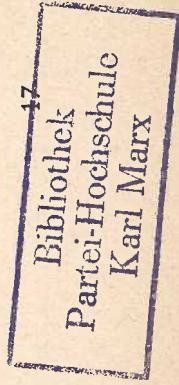
sagte Genosse Stalin in seiner Grußbotschaft anlässlich der 800-Jahrfeier des Bestehens von Moskau.

Acht Millionen Wohnungen in den USA sind halberfallene Elendsquartiere. Nach Angaben einer Senatskommission lebt in den USA jede fünfte Familie der Stadtbevölkerung in Elendsvierteln; diese Tatsache fördert Krankheiten, Verbrechen und insbesondere die Kinderkriminalität.

Nach statistischen Unterlagen aus dem Jahre 1940 hatte ein Drittel sämtlicher Familien in den USA Unterkünfte, deren Benutzung gesundheitsschädlich war. In New York haben etwa 260 000 Familien kein Obdach, und über 500 000 Familien leben in Elendsquartieren, die abgerissen werden müßten. In Washington gibt es, nur einige Stadtviertel vom Kongreßgebäude entfernt, grauenhafte Elendshütten und Spelunken. Auch in Chi-

¹ „Neue Welt“, Heft 17, September 1947, S. 4.

² Gagarina, Die Lage der Frauen



kago gibt es ein großes Elendsviertel. In Atlanta (im Staat Georgia) leben 137 000 Menschen in schmutzigen Elendsquartieren, die 20 Prozent des gesamten Stadtgebietes einnehmen. Auf dieses Wohngebiet entfallen 72 Prozent der von Kindern begangenen Verbrechen und 69 Prozent der Tuberkulosekranken.

In Birmingham (im Staat Alabama) war in der Zeit von 1938 bis 1942 die Sterblichkeit an Tuberkulose unter den Bewohnern der Elendsviertel mehr als fünfmal größer als in den von Wohlhabenden bewohnten Bezirken.

Es ist in Amerika sehr schwer, eine Wohnung zu finden. Ungeachtet der schwierigen Wohnverhältnisse schrieb Truman in einem Brief an den Leiter der Verwaltung für Wohnungsbau, Fowly, daß eine Weiterführung des Wohnungsbaus im gegenwärtigen Umfang unerwünscht sei, weil viel Material benötigt werde, das man in großen Mengen für Rüstungszwecke brauche.

„Es ist unbedingt nötig“, schreibt Truman, „daß dieser Bedarf (d. h. der Rüstungsbedarf. S. G.) vollkommen und ohne Verzögerung gedeckt wird. Dieser ständig steigende Bedarf wird die Tendenz zu erhöhter Nachfrage, die sich bereits bei einigen Materialien bemerkbar macht, noch verstärken, wenn nicht wirksame Maßnahmen zur Einschränkung des Materialbedarfs für den Wohnungsbau ergriffen werden.“

Truman erklärte weiter, daß er, obwohl der Kongreß die Verwendung von 1250 Millionen Dollar für den Wohnungsbau gebilligt habe, für diesen Zweck nur Mittel in Höhe von 650 Millionen Dollar zugestehen werde.

In äußerst schwierigen Wohnverhältnissen leben auch Hunderttausende Engländer.

Die Großstädte des Landes, London, Glasgow, Manchester u. a., sind durch ihre Elendsviertel bekannt. Nach Mitteilung des Londoner Korrespondenten der Agentur „Telepress“ geht aus den Angaben des Wohnungsausschusses von Manchester hervor, daß täglich in dieser Stadt mindestens ein Haus einstürzt und sich viele Häuser in einem so schlechten Zustand befinden, daß ihre Bewohner schnellstens ausziehen müßten. 1949 wurden 379 solcher Fälle gezählt. Offiziellen Angaben zufolge beträgt

in Manchester die Anzahl der zu Wohnzwecken nicht mehr geeigneten Häuser 46 Prozent aller städtischen Bauten. In der Stadt gibt es 27 000 registrierte Obdachlose.

In West-Hartlepool (Durham) sind von 9000 Unterkünften 2700 vollkommen unbewohnbar geworden. In Salford (Lancashire) gibt es 20 000 Elendsquartiere, die abgerissen werden müßten. In Portsmouth war die Zahl der Familien, die Wohnraum brauchen, 1950 auf 10 445 angestiegen.

Infolge der Tatsache, daß die Wohnungsmieten außerordentlich hoch sind (sie betragen 25 Prozent des Arbeitslohnes), wächst im Lande die Zahl der Obdachlosen. Nicht zufällig wurden selbst im Oberhaus Stimmen laut, daß die Obdachlosen und die Bevölkerung der Elendsviertel in London in entsetzlichen Verhältnissen leben und daß wohl kaum in den letzten 100 Jahren die Übervölkerung so stark und die Lebensbedingungen in den Elendsvierteln kaum jemals so katastrophal waren wie gegenwärtig. Dessenungeachtet erhöht die englische Regierung auf Geheiß aus Washington blindlings die Ausgaben für Rüstungszwecke und kürzt laufend die Budgetmittel für den Wohnungsbau. So wurden diese Mittel im September 1950 um 20 Prozent gekürzt, und nach der Reise des amerikanischen Gauléiters von Europa, Eisenhower, nach England wurde die Frage der Einschränkung des Wohnungsbaus erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Frankreich ist das Land, in dem schon jahrelang keine neuen Wohnungen mehr gebaut werden. Die durch den Krieg verursachten Zerstörungen sind heute noch nicht beseitigt. Dabei könnte man für die Mittel, die ein einziger Tag des Krieges in Vietnam kostet, zehn Schulen oder andere Häuser aufbauen.

In den Städten Italiens, Rom, Neapel und in anderen, leben Menschen in Höhlen, Aquädukten, Hütten aus Konservendosen oder Sperrholz.

In der italienischen Zeitschrift „Wir Frauen“ wurde mitgeteilt, daß in Apulien nach Angaben einer offiziellen Statistik von 100 Häusern nur 26 eine Küche, 28 Wasseranschluß und

27 Toiletten haben. In der Provinz Lucca befindet sich in 52 von 100 Häusern eine Küche, in 18 Häusern ist Wasseranschluß und in 34 sind Toiletten vorhanden. Diese Zahlen zeigen, unter welchen unhygienischen Bedingungen die italienische arme Bevölkerung lebt. Für diese unglücklichen Menschen wird nichts getan. Sie haben kein Land, keine Arbeit und befinden sich im tiefsten Elend. In Franco-Spanien leben allein in Madrid 400 000 Menschen in Erd- und Laubhütten. In Barcelona leben 150 000 Menschen in ähnlichen Verhältnissen.

Unter unerträglichen Wohnverhältnissen leben die Völker der Kolonien. In der 1949 herausgegebenen Broschüre „Die Elendsviertel Bombays“ werden die Wohnverhältnisse der werktätigen indischen Bevölkerung folgendermaßen beschrieben:

„In einer Siedlung sind 750 dunkle, schmutzige Räume vorhanden, in denen 9000 Menschen wohnen; das bedeutet, jeweils zwölf Menschen steht ein Zimmer mit einer Wohnfläche von 5—6 qm zur Verfügung. In der Nähe dieser Unterkünfte hausen etwa 6000 Menschen in weiteren 1000 Hütten. Es wohnen also in einer solchen kleinen Siedlung 15 000 Menschen. Alle diese Hütten sind aus alten, zerfetzten Matratzen, Papptafeln, altem Eisen usw. errichtet. Sie sind so klein, daß sich die Bewohner darin nicht einmal ganz aufrichten können. Die Familie findet in der Hütte nicht einmal stehend Platz. In der Siedlung herrschen Gestank und Schmutz, Krankheiten verbreiten sich rasch, was wiederum die hohe Sterblichkeitsziffer fördert. In Bombay gibt es 78 solcher Elendsviertel, in denen 1,5 Millionen Menschen leben (das ist die Hälfte der Bevölkerung der Stadt).“

Die grausame, sich beständig verstärkende Ausbeutung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, das Fehlen eines staatlichen Arbeitsschutzsystems und einer Sozialversicherung führen dazu, daß die Arbeiter bereits in mittleren Jahren gebrechlich, zu Invaliden werden, die zur Arbeit nicht mehr taugen und aus den Betrieben geworfen werden. In den USA setzen viele Unternehmer das Höchstalter für die Einstellung von Arbeitern auf 35 bis 40 Jahre fest. Schon Marx stellte fest, daß die Lebensdauer der Arbeiter in der kapitalistischen Großindustrie sehr kurz ist. Dieser Zustand wird dadurch noch verschlimmert,

daß die Bevölkerung der kapitalistischen Länder keine unentgeltliche medizinische Hilfe genießt. In letzter Zeit hat sich die Zahl der Krankheitsfälle unter den Werktätigen stark erhöht.

In den USA leidet fast ein Sechstel der Gesamtbevölkerung (mehr als 25 Millionen Menschen) an der einen oder anderen chronischen Krankheit.

In einigen Gebieten der USA sind 75 Prozent der schwangeren Frauen und 85 Prozent der Kinder infolge von Unterernährung blutarm. Fast die Hälfte der Familien in den USA hat nicht die Mittel, medizinische Hilfe zu bezahlen. In diesem Land, in dem riesige Mengen an Lebensmitteln vernichtet werden, sterben alljährlich Hunderttausende von Menschen vor Hunger oder weil die nötige ärztliche Betreuung fehlt. So starben 1948 in den USA 275 000 Menschen an Unterernährung und 468 000 infolge Fehlens medizinischer Hilfe.

Der Gesundheitsschutz erfolgt dort gegen Bezahlung und ist deshalb faktisch den Werktätigen nicht zugänglich: für einen einwöchigen Aufenthalt in einem Krankenhaus müssen 250 bis 750 Dollar gezahlt werden; der durchschnittliche Wochenlohn eines qualifizierten Arbeiters beträgt jedoch nur annähernd 60 Dollar.

Die Lage ist so katastrophal, daß selbst Truman gezwungen war, öffentlich einzugestehen, daß Millionen Bürger „darum keine medizinische Hilfe erhalten, weil sie nicht die nötigen Mittel haben, diese zu bezahlen“.

In Frankreich sind allein in Ivry, einem Pariser Vorstadtbezirk, von 42 000 Einwohnern 7000 an Tuberkulose erkrankt. Blindarmoperationen kosten in Frankreich 25 000 Francs, in einem städtischen Krankenhaus sogar 32 000 Francs, der Lohn eines Arbeiters beträgt aber nur 9000—10 000 Francs monatlich.

Ein staatliches System für Geburtshilfe fehlt in fast allen kapitalistischen Ländern.

In England sah sich die Labour-Regierung unter dem Druck der Volksmassen gezwungen, eine unentgeltliche medizinische Betreuung zu versprechen. Wie üblich, war das jedoch in Wirk-

lichkeit ein Betrug an den Volksmassen. Die staatlichen Krankenhäuser und Ambulatorien können insgesamt nur 5—10 Prozent der Bevölkerung betreuen. Selbst auf eine Augenresektion muß man 6—7 Monate warten.

Ungeachtet dieser Tatsachen erklärte Bevin im Parlament, es sei nötig, eine geringe Gebühr für jeden Arztbesuch einzuführen, weil, wie er behauptete, die Zahl der Kranken, die sich mit Kleinigkeiten an die Ärzte wenden, stark angestiegen sei.

In England ist gegenwärtig sogar für die Ausstellung eines Rezeptes eine Gebühr (1 Shilling) angesetzt. Mehrere Abgeordnete drückten im Parlament ihre Unzufriedenheit mit dem Zustand des Gesundheitsschutzes für die Arbeiter aus, und ein Abgeordneter stellte in seinen Ausführungen zwei Tatsachen einander gegenüber, den Regierungsbeschluß, für Rüstungszwecke zusätzlich 100 Millionen Pfund Sterling auszugeben, und die Weigerung, 2 Millionen Pfund Sterling für den Bau von 100 Gesundheitsfürsorgeeinrichtungen zu verwenden.

Das allgemeine starke Absinken des Lebensstandards der Werktätigen in den Ländern des kapitalistischen Lagers schafft ein völlig trostloses Bild von der Existenz der Frauen unter den Bedingungen des Imperialismus.

Das Ansteigen der Steuern, die Erhöhung der Preise für Bedarfsgüter, die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern werden von unaufhörlichen Angriffen der Imperialisten auf den Arbeitslohn und die Lebensrechte der Volksmassen begleitet.

Von Oktober 1948 bis September 1949 sank in den USA der Arbeitslohn in der Kohlenindustrie um 20—31,5 Prozent, in der Eisenindustrie um 6,2 Prozent, in der Kupferindustrie um 14,8 Prozent, in der Stahlgießereiindustrie um 14 Prozent. Die Einkünfte der Farmer fielen im Vergleich zu 1947 um 22 Prozent.

Auf eine verschwindende Minderheit der französischen Bevölkerung, die französischen Kapitalisten, entfielen im ersten Halbjahr 1948 43 Prozent des Nationaleinkommens Frankreichs, während die Summe des Arbeitslohnes der Arbeiter und

Angestellten, das heißt der Mehrzahl der französischen Bevölkerung, nur 39 Prozent des Nationaleinkommens betrug. In den nachfolgenden Jahren hat sich die Lage in Frankreich nicht gebessert, sondern verschlechtert. Ähnlich setzt sich auch das Nationaleinkommen Italiens zusammen.

Weit verbreitet ist die Differenzierung des Arbeitsentgelts nach nationalen und Rassenunterschieden sowie die Differenzierung nach Geschlecht, Alter und anderen Merkmalen.

Die kapitalistische Gesetzgebung hat keine Vorschriften, die eine solche Differenzierung verbieten oder verhindern. In dem System der Arbeitsentlohnung in den kapitalistischen Ländern tritt die Diskriminierung der Frauen besonders stark in Erscheinung. In keinem kapitalistischen Land besteht für Männer und Frauen das Prinzip des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit.

„Die bürgerliche Demokratie verspricht in Worten Gleichheit und Freiheit. In Wirklichkeit gab keine bürgerliche Republik, und sei es die fortschrittlichste, der weiblichen Hälfte des Menschengeschlechts weder völlige Gleichheit mit dem Mann vor dem Gesetz noch Freiheit von der Vormundhaft und der Unterdrückung seitens des Mannes“¹, schrieb W. I. Lenin im Jahre 1919.

Der den Frauen für ihre Arbeit im Vergleich zu dem den Männern gezahlte geringere Lohn bringt den Kapitalisten Gewinn, denn der weibliche Teil der Arbeiterklasse, der für einen wesentlich geringeren Lohn arbeitet, schafft durch seine unbezahlte Arbeit die Überprofite für die Kapitalisten.

In den Vereinigten Staaten von Amerika liegt der Durchschnittslohn der Frauen 15—20 Prozent niedriger als der Lohn der Männer, in einigen Industriezweigen ist dieser Unterschied noch bedeutend größer. So teilte zum Beispiel die „Congressional Records“ in ihrer Nummer vom 14. März 1947 mit:

„Es besteht ein großer und auffallender Unterschied in der Entlohnung der Männer und Frauen, die ein und dieselbe Arbeit verrichten. Selbst während des Krieges bestand in der Entlohnung von Männern und Frauen

¹ W. I. Lenin, „Die Sowjetmacht und die Lage der Frau“; Werke, Bd. 30, S. 99/100, russ.

ein Unterschied von 30 Prozent in der Industrie für landwirtschaftliche Ausrüstung und bis zu mehr als 100 Prozent in der polygraphischen Industrie.“

Auch bei den Behörden wird kein gleicher Arbeitslohn gezahlt. So erhalten zum Beispiel die weiblichen Büroangestellten in den USA für gleiche Arbeit 18—20 Prozent weniger Lohn als die Männer, für Buchhalterarbeit werden die Frauen um 25—30 Prozent geringer entlohnt als die Männer für gleiche Arbeit.

In den USA besteht kein für die gesamte Nation gültiges Gesetz über einheitliche Bezahlung von Männer- und Frauenarbeit. Es gibt ein derartiges Gesetz in sieben Staaten, das jedoch nur einige Berufe betrifft, und auch nur auf dem Papier steht.

Da die amerikanischen Frauen in den Jahren, in denen sie arbeiten, wesentlich weniger Lohn erhalten als die Männer, sind ihre Renten nach dem Gesetz über soziale Sicherstellung gleichfalls bedeutend niedriger als die der Männer, weil die Errechnung der Unterstützungen für bejahrte Arbeiter auf der Grundlage des Durchschnittslohns des Arbeiters in einer Reihe von Jahren erfolgt.

Die Diskriminierung der Frauen auf dem Gebiete des Arbeitslohnes ist auch in anderen Ländern anzutreffen. In England erreicht der Arbeitslohn der Frauen kaum 50—60 Prozent des Arbeitslohnes der Männer. In Westdeutschland beträgt der Arbeitslohn der Frauen 65—80 Prozent vom Arbeitslohn der Männer. In Norwegen beläuft sich der Monatslohn der Frauen bei gleicher Arbeit etwa auf 60 Prozent des Arbeitslohnes der Männer. In Schweden beträgt der Arbeitslohn der Frauen 70—80 Prozent vom Arbeitslohn der Männer. In Österreich besteht für die Frauen eine besondere Tarifstaffelung mit sehr niedrigen Tarifen. Hier sind 78 Prozent aller Arbeiterinnen als „nicht qualifiziert“ eingetragene, damit die Arbeit der Frauen möglichst niedrig bezahlt werden kann. In der Schweiz erhalten die Arbeiterinnen 65 Prozent, verglichen mit dem Arbeitslohn der Männer, die weiblichen Angestellten sogar nur 56 Prozent. In Frankreich erhalten die Frauen, ungeachtet des angenom-

menen Gesetzes über die Gleichheit des Arbeitslohnes, 8 Prozent weniger Lohn als die Männer.

In Japan, in der Stadt Fukushima, betrug der Durchschnittslohn der Männer im Februar 1950 5815 Yen, der der Frauen hingegen 3331 Yen (bei einem Existenzminimum von 17 000 Yen im Monat).

Im Iran, in einer Ziegelei in der Stadt Teheran, erhalten die Männer für 1000 Ziegelsteine 6 Tuman, die Frauen jedoch für die gleiche Arbeit 1 Tuman. Den Tageslohn einer indischen Frau kann man einer Schale Reis gleichsetzen.

In Franco-Spanien ist gesetzlich festgelegt, daß der Arbeitslohn der Frau 70 Prozent des Arbeitslohnes des Mannes nicht überschreiten darf.

In einigen Ländern des Imperialismus ist man bestrebt, die Arbeitskraft der Frau sogar ohne Bezahlung auszunutzen. So wurden zum Beispiel in Tito-Jugoslawien allein im Laufe des Jahres 1949 zu sogenannten freiwilligen, unbezahlten Arbeiten 266 587 werktätige Frauen zwangsweise mobilisiert. Die Arbeitsbedingungen kommen Sklavenarbeit gleich. Die Frauen arbeiten im Holzeinschlag, bei der Erzwinnung, an der Trockenlegung von Sümpfen; Zehntausende Bäuerinnen sind zur Arbeit in Kulakenwirtschaften eingesetzt, die man Genossenschaften nennt.

Ein wichtiges Mittel zur Unterdrückung der Werktätigen stellt die Diskriminierung nach Nationalität und Rasse dar. Eine Form dieser Diskriminierung nach Nationalität und Rasse sowie der Nichtgleichberechtigung der Frauen ist insbesondere die in den kapitalistischen Ländern bestehende „Vertragsfreiheit“. Das Resultat dieser „Freiheit“ ist, daß Arbeiter, die nicht vollberechtigten Nationalitäten angehören, sowie Frauen und Jugendliche bedeutend weniger Lohn erhalten als die erwachsenen Arbeiter der herrschenden Nationalität, die die gleiche Arbeit leisten. So beläuft sich zum Beispiel in den USA der Arbeitslohn der Neger auf etwa 60 Prozent des Arbeitslohnes der Angehörigen der weißen Rasse, der Arbeitslohn der Negerinnen beträgt etwa

35 Prozent vom Arbeitslohn der weißen Frauen und kommt auf diese Weise etwa 18 Prozent des Arbeitslohnes der Männer gleich, die der weißen Rasse angehören.

Die Anglo-Iranische Erdölgesellschaft entlohnt einen iranischen Arbeiter, der zwölf Stunden täglich arbeitet, zwanzigmal niedriger als einen englischen Arbeiter, der sechs Stunden am Tag arbeitet. In der Südafrikanischen Union ist der Wochenlohn eines „farbigen“ Arbeiters dem Tageslohn eines europäischen Arbeiters mit geringer Qualifikation gleichzusetzen.

In den USA ist der Kinderhandel eine überaus weit verbreitete Erscheinung. Man kauft Kinder sowohl en gros als auch en détail. Es gibt besondere Agenturen, die bei armen Familien Kinder aufkaufen und ihre „Ware“ wieder verkaufen.

Die englische Zeitung „Daily Mirror“ teilt mit, daß in England der Verkauf von Neugeborenen blüht. Dort gibt es gängige Preise: 80 Pfund Sterling für einen Jungen, 150 Pfund Sterling für ein Mädchen. Eine Angestellte eines Londoner Krankenhauses berichtete in dieser Zeitung: „Täglich kommen vier bis fünf Leute zu uns wie in einen Grünwarenladen und fragen: ‚Gibt es Säuglinge?‘“

In Japan, wo gegenwärtig der amerikanische General MacArthur schaltet und waltet, blüht im wahrsten Sinne des Wortes der Sklavenhandel. Die japanische Zeitung „Nippon Keizai“ teilt mit, daß 40 Prozent der Arbeiterinnen, die in 250 Betrieben der Präfektur Topiga beschäftigt sind, offiziellen Angaben zufolge von den Fabrikanten bei Sklavenbesitzern gekauft worden sind. Diese Sklavinnen erhalten faktisch nur 100 bis 300 Jen im Monat, während ihr Nominallohn 2000—3000 Jen beträgt.

Die Zeitung „Asahi“ schreibt, daß in der Präfektur Yamagata zahlreiche Fälle von Kinderhandel festgestellt wurden. Ein Sklavenhändler, der als Zubringer arbeitet, organisierte den Verkauf von 2500 Kindern aus verschiedenen Dörfern. Im Bezirk Aidschu (Präfektur Fukushima) wurde in mehr als 75 Fällen festgestellt, daß Eltern ihre zwölf- bis dreizehnjährigen Kinder

in die Sklaverei verkaufen. Die Untersuchung ergab, daß der übliche Preis für ein Kind, das für drei Jahre in die Sklaverei verkauft wird, 2000 Jen beträgt (das ist die Hälfte des Monatslohnes eines Arbeiters von mittlerer Qualifikation).

Pseudozialisten und reaktionäre Gewerkschaftsfunktionäre in den kapitalistischen Ländern, Lakaien des Imperialismus, sind bestrebt, die Ausbeutung und das Joch des Kapitals mit den verschiedenartigsten Mitteln zu verbergen. In der Sitzung des Exekutivkomitees des Weltgewerkschaftsbundes im Mai 1948 in Rom erklärte bei der Erörterung der Frage des gleichen Arbeitslohnes bei gleicher Arbeit für Männer und Frauen der reaktionäre englische Gewerkschaftsfunktionär Deacan, ein Lakai der Monopolisten, folgendes in der Absicht, die Diskriminierung der Frauen auf dem Gebiete des Arbeitslohnes zu rechtfertigen:

„Es ist leicht zu behaupten, daß die Frau ebenso entlohnt werden müsse wie der Mann; wenn man jedoch Verhandlungen darüber bewohnt, dann ist es nicht so leicht, dies zu beweisen, dann muß man eine Reihe von Faktoren in Erwägung ziehen. Schließlich ist die Arbeit der Frauen eben nicht die gleiche wie die der Männer.“

Das in der Nachkriegsperiode zu beobachtende ununterbrochene Anschwellen der Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern trifft die werktätigen Frauen sehr schwer. Infolge ihrer rechtlosen politischen Lage werden die Frauen in erster Linie von Entlassungen betroffen, obwohl die Frau oft der einzige Ernährer der Familie ist und der Verlust der Arbeit nicht nur Hunger und Elend für sie, sondern auch für ihre Kinder bedeutet.

Tagtäglich verlieren in den USA und in den Marshallplankländern Europas Tausende Werktätige Arbeit und Brot und haben nicht die Möglichkeit, wieder Arbeit zu finden.

Unter den Arbeitslosen ist auch eine riesige Anzahl Frauen. So werden in Italien, sogar offiziellen Angaben zufolge, unter den Arbeitslosen 700 000 Frauen gezählt. In Japan beträgt der Anteil der Frauen an der Zahl der Arbeitslosen 40 Prozent. Von Dezember 1948 bis Januar 1949 wurden in den USA 885 000 Frauen

arbeitslos. So war zum Beispiel in dem Betrieb „Bethlehem Steel Co.“ von 1200 Frauen, die während des Krieges dort arbeiteten, im Jahre 1949 nur noch eine Frau verblieben. Im Frühjahr 1949 waren von fünf Millionen Vollarbeitslosen in den USA (nach offiziellen Angaben) 2,5 Millionen Frauen. In Holland mußten gemäß einem Regierungsbeschluß alle verheirateten weiblichen Angestellten entlassen werden. In einigen Gegenden Österreichs wird infolge der Arbeitslosigkeit die Zahl der verheirateten Lehrerinnen gekürzt; verheirateten Ärztinnen geben die zuständigen Organe keine Genehmigung, eine Praxis zu eröffnen, wenn ihre Männer praktizierende Ärzte sind. Die Lage der Arbeitslosen ist furchtbar. Genosse Stalin gab in seinem Bericht über die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans eine Charakteristik der schweren Lage der Arbeitslosen in den kapitalistischen Ländern:

„Täglich bewerben sie sich um Arbeit, befinden sie sich auf der Suche nach Arbeit . . ., aber sie werden nicht eingestellt, denn sie sind ‚überflüssige‘ Menschen. Und das geschieht zu einer Zeit, wo gewaltige Massen von Waren und Produkten verschwendet werden, um den Launen der vom Schicksal Verwöhnten, der Kapitalisten- und Gutsbesitzersöhnchen, Genüge zu tun. Man verweigert den Arbeitslosen die Nahrung, weil sie sie nicht bezahlen können, man verweigert ihnen ein Obdach, weil sie die Miete nicht bezahlen können.“¹

Die bürgerlichen Staaten gewähren den Arbeitslosen keinerlei Hilfe und verurteilen sie dadurch direkt zum Hungertod. Die niedrigen Arbeitslosenunterstützungen, die in einigen Ländern gezahlt werden, sind für den Lebensunterhalt völlig unzureichend. Im Staate Missouri (USA) wird den Arbeitslosen ein halber Dollar pro Woche gezahlt. Sogar die Zeitung „CIO-News“ gesteht ein, daß „das kaum für ein Hündchen reicht“.

In einigen Staaten gibt es eine Arbeitslosenversicherung, sie besteht jedoch auf der Grundlage von Beiträgen, die die Arbeiter selbst von ihrem Arbeitslohn zahlen, und ist somit eine zusätzliche Besteuerung des Arbeitslohns.

¹ J. Stalin, „Die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans“; „Fragen des Leninismus“, S. 466.

Millionen Arbeitslose in den USA erhalten bei Arbeitslosigkeit überhaupt keinerlei Unterstützung. Hierunter fallen verheiratete Frauen, Jugendliche, Arbeiter in der Provinz usw.

Selbst Präsident Truman sah sich gezwungen, im Januar 1950 in seinem Bericht an den Kongreß über die ökonomische Lage der USA im Jahre 1949 zuzugeben, daß

„das bestehende Sofortprogramm der sozialen Sicherstellung bei weitem nicht ausreichend ist . . . Ein Drittel der Arbeitslosen erhält keine Arbeitslosenunterstützung. In einigen Bezirken sind es sogar zwei Drittel.“

Viele Bezirke haben keine öffentlichen Fonds, aus denen den Arbeitslosen und ihren Familien Hilfe geleistet werden könnte. Außerdem gibt es einige Millionen Invaliden, viele von ihnen sind von ihrer Familie abhängig und durch keinerlei Unterstützung sozial sichergestellt.

In Frankreich erhält nur etwa ein Viertel aller Arbeitslosen Unterstützung. In Italien erhalten 20—30 Prozent der Arbeitslosen eine Unterstützung, die 25 Prozent des Arbeitslohnes ausmacht. In den kolonialen und abhängigen Ländern besteht faktisch überhaupt keine Arbeitslosenversicherung.

Noch schlechter ist die Lage der arbeitslosen Frauen. In vielen Ländern werden die Frauen in der Gewährung einer Unterstützung benachteiligt. So erhält zum Beispiel in Belgien ein lediger arbeitsloser Mann eine Unterstützung von 429 Francs pro Woche, eine arbeitslose Frau hingegen nur 317 Francs, ein Mann, der seine Ehefrau zu ernähren hat, bekommt wöchentlich 475 Francs, eine arbeitslose Frau jedoch, die einen kranken Mann zu versorgen hat, der keine Unterstützung bekommt, erhält nur 317 Francs.

Eine Delegation arbeitsloser Frauen Belgiens und Vertreterinnen der „Frauenliga für den Frieden“ fragten in einer an den Arbeitsminister gerichteten Petition mit Recht:

„Haben Sie stichhaltige Gründe, einen solchen Unterschied in der Unterstützung zu machen?

Können Sie behaupten, daß das Existenzminimum für Frauen niedriger ist als für Männer?

Können Sie behaupten, daß die Hausbesitzer für Frauen einen Unterschied in der Höhe der Miete machen?

Sind Gas und Elektrizität für Frauen billiger als für Männer?

Das Problem der sozialen Ungerechtigkeit harret der Lösung“, so schließen sie ihre Petition.

Um die weit verbreitete Benachteiligung der Frauen seitens der Imperialisten zu rechtfertigen, griff die amerikanische Propaganda die Lösung der Hitler-Propaganda auf: „Der Platz der Frauen ist am häuslichen Herd und bei den Kindern.“

Die amerikanische Presse propagiert die durchaus nicht neue bürgerliche „Theorie“, daß „die Frau, biologisch gesehen, nicht vollwertig ist“, sie propagiert, daß die Frau an den häuslichen Herd gehöre. Zahlreiche abgeschmackte Frauenzeitschriften in den USA, betitelt: „Brilliance“, „Charm“, „Lady“ usw., leisten dieser Ansicht Vorschub. Diese Zeitschriften versichern, die Frau müsse sich die Aufgabe stellen, einen Mann zu finden, und bestrebt sein, sich seine Zuneigung zu erhalten. Eine verheiratete Frau soll nicht arbeiten, nur den Interessen ihres Mannes leben, keine eigene Meinung haben und alles mit seinen Augen betrachten. So ist die bürgerliche Propaganda bestrebt, die Unterdrückung der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft zu beschönigen, dabei hat das Wesen des kapitalistischen Systems selbst unausbleiblich die politische und gesellschaftlich-ökonomische Nichtgleichberechtigung der Frau zur Folge.

„... dort, wo der Kapitalismus existiert, dort, wo der private Grundbesitz, das Privateigentum an Fabriken und Werken besteht, dort, wo die Macht des Kapitals erhalten bleibt, wird der Mann weiterhin privilegiert sein“¹, sagte W. I. Lenin.

Besonders schwer ist das Los der Frauen in den kolonialen und abhängigen Ländern. Auf einer Konferenz der Frauen aus den Ländern Asiens in Peking 1949 wurde den Delegierten erschüt-

¹ W. I. Lenin, „Die Aufgaben der Frauenarbeiterbewegung in der Sowjetrepublik“; Werke, Bd. 30, S. 23, russ.

terndes Material über die Lage der Frauen und Kinder zur Kenntnis gebracht.

Politische Rechtlosigkeit und die Unmöglichkeit, eine Ausbildung zu erhalten, Hunger, Elend und Rassendiskriminierung, unbeschränkter Arbeitstag in den Betrieben und auf den Plantagen sowie miserabler Arbeitslohn, das alles charakterisiert die Lage der Frauen in den Kolonien.

Nehmen wir Indien. Bekanntlich pumpen die Kolonialherren aus Indien alljährlich Millionen Profite heraus. Annähernd 80 Prozent der Kapitalien, die in den Teeplantagen angelegt sind, gehören Engländern. Die Juteindustrie sowie die Kohlegruben gehören in der Hauptsache ebenfalls englischen Magnaten. Auch das amerikanische Finanzkapital erkämpft sich in Indien in immer stärkerem Maße seine Positionen.

Die Herrschaft der Kolonialherren sowie der einheimischen Bourgeoisie und der Gutsbesitzer haben das indische Volk in Elend und Armut gestürzt.

In Indien leben 200 Millionen Frauen. Davon sind 130 Millionen Bäuerinnen, in Wirklichkeit jedoch Landarbeiterinnen, denn 30 Prozent der Bauern haben kein Land und weitere 30 Prozent nur so kleine Parzellen, daß die Einnahmen, die dieses Land abwirft, die Existenz der Familie nicht sicherstellen können.

In den letzten Jahren wird eine immer größere Anzahl indischer Frauen in die Industrie einbezogen, weil man den Frauen für ihre Arbeit nur halb so viel bezahlt wie den Männern. 300 000 Frauen arbeiten auf Teeplantagen, 100 000 in Betrieben für Baumwollbearbeitung, Zehntausende Frauen arbeiten im Bergbau.

Man findet keine Worte, um das Elend und die Not zu schildern, in denen die indischen Frauen und Kinder leben. Jährlich rafften Hungersnöte 3,5 Millionen Einwohner dahin. Allein in Kalkutta liest man täglich rund 300 Menschen von den Straßen auf, die vor Erschöpfung gestorben sind. Millionen Menschen leben unter freiem Himmel. Hunderte Obdachlose

nächtigen auf den Gehsteigen der Städte. In der Regel essen Arbeiter und Bauern nur einmal am Tag. Nur während der Ernte essen die Bauern zweimal am Tag. Häufig hat eine indische Familie nicht einmal Lumpen, um die Blöße zu bedecken, und es fehlt die Handvoll Reis, um den Hunger der Kinder zu stillen. Im Lande gibt es keinerlei soziale Einrichtungen für Kinder. Die Mütter sind gezwungen, ihre Kinder zur Arbeit mitzunehmen. Die Säuglinge tragen sie auf dem Rücken, und die größeren Kinder drücken sich in der Nähe der Werkbänke oder im Fabrikhof herum und atmen den Jute- und Tabakstaub ein. Für 150—160 Millionen Frauen gibt es nur 600 Entbindungsheime.

In Indien ist auch die Kinderarbeit weit verbreitet. Die ungeheuerliche Ausbeutung der Kinder ist das furchtbarste Verbrechen des englischen Imperialismus in Indien. Den indischen Kindern wird das wertvollste Gut, ihre Kindheit, genommen. Viele Kinder beginnen mit vier bis fünf Jahren zu arbeiten. Die meisten von ihnen erkranken an Tuberkulose, sterben entweder mit 14—15 Jahren oder werden Vollinvaliden.

Kinderarbeit ist billig. Sie sichert den Imperialisten einen Riesengewinn. Diese Tatsache haben die englischen Kolonialherren und die indische Bourgeoisie sehr gut begriffen. Darum haben häufig Vater und Mutter keine Arbeit, aber die Kinder arbeiten, und die Familie existiert von den Hungerlöhnen dieser kleinen Arbeitssklaven.

Die Kinder arbeiten überall: in den Textil- und Jutefabriken, in den Kohlengruben, auf den Plantagen, bei der Ausbesserung von Straßen, auf den Reisfeldern. Allein in den Teeplantagen sind hunderttausend Kinder beschäftigt. Die schamlosen Ausbeuter scheuen nicht davor zurück, die Kinder sogar zur Kanalarbäuerreinigung einzusetzen. Und wie kläglich ist der Arbeitslohn dieser unglücklichen Wesen!

Ein kleines Kind verdient in 10—12 Stunden am Tag kaum so viel, wie zwei Schachteln Streichhölzer kosten.

Für die Belange des Gesundheitsschutzes gibt die Regierung Nehru 1—2 Prozent des nationalen Budgets aus. Für 20000 Ein-

wohner steht ein Arzt zur Verfügung. Nur 3 Prozent der Wöchnerinnen in den Städten können von Entbindungsheimen betreut werden. In ländlichen Bezirken gibt es eine Hebamme für 50 000 Frauen. In Nigeria steht ein Arzt für 133 000 Einwohner und ein Krankenhausbett für 3700 Menschen zur Verfügung.

Auch in Ägypten steht es nicht besser. Die englischen Fabrikannten verwandelten Ägypten in ein Rohstoffanhangsel der Textilindustrie von Lancashire. Die gesamte erzeugte Baumwolle geht nach England. Die örtliche Textilindustrie ist fast gar nicht entwickelt. Die Arbeiter der Textilfabriken erhalten Hungerlöhne. In der ägyptischen Industrie sind 90 000 Frauen beschäftigt. Wie die Männer, so arbeiten auch sie 12—14 Stunden täglich und erhalten kaum den dritten Teil des Arbeitslohns der Männer. Die Bevölkerung Ägyptens wird systematisch hungrig gehalten. Die Lebensbedingungen in den Städten sind furchtbar. In einem einzigen kleinen Raum hausen 20—30 Menschen. Während die einen arbeiten, schlafen die anderen auf den freien Plätzen.

In den Kolonien und abhängigen Ländern werden die Eingeborenen nicht zu qualifizierten Arbeiten, zu Schulen und Universitäten zugelassen. Lichtspielhäuser, Parks und Bibliotheken gibt es nur für Europäer; für die Einheimischen sind besondere Wohnviertel abgegrenzt.

In Algier, Marokko und Tunis werden die Eingeborenenviertel „Kanisterstadt“ genannt, weil sie aus alten Petroleumkanistern und Konservendbüchsen errichtet sind. In diesen Behausungen, ohne Fenster und Licht, ohne Möbel, leben Zehntausende von Menschen. 30 Prozent der afrikanischen Bevölkerung leiden an Geschlechtskrankheiten.

In Algier sterben ganze Siedlungen und Dörfer infolge von Hunger oder Sumpffieber aus. Medizinische Hilfe ist nicht vorhanden. Durchschnittlich steht ein Arzt für hunderttausend Einwohner zur Verfügung. Auf hunderttausend Einwohner gibt es dort insgesamt elf Kinderkrippen, die auf Privatinitiative eröffnet wurden.

Sehr hoch ist die Kindersterblichkeit in Westafrika. Hier stirbt, sogar offiziellen Angaben zufolge, jedes zweite Neugeborene. Bei den Bantunegern sterben von tausend Kindern 600 bis 700.

In Südafrika sind 90 Prozent der Bevölkerung Analphabeten; durchschnittlich besuchen nur drei von zehn afrikanischen Kindern die Schule.

Vorwiegend gehen Knaben zur Schule. Bei 16 Millionen Einwohnern gibt es in diesem Land nur eine einzige Schule für Mädchen.

In Vietnam haben die französischen Kolonialherren 20 000 Gefängnisse errichtet, das heißt ein Gefängnis auf 1500 Einwohner, hingegen kommt auf 20 000 Kinder nur eine Schule.

Die Bedingungen der Kinderarbeit in Siam sind einfach unmenschlich. Kinder von sieben bis acht Jahren müssen ebensoviel Stunden arbeiten wie die Erwachsenen, erhalten aber nur den zehnten Teil des Arbeitslohnes eines Erwachsenen. Durch diese ihre Kräfte übersteigende Belastung werden die Kinder zu Krüppeln und können sich nicht normal entwickeln.

Von irgendwelchen sanitären Einrichtungen kann in Siam nicht die Rede sein. Viele Frauen, die die Hilfe nichtausgebildeter Hebammen in Anspruch nehmen, sterben bei der Geburt der Kinder.

Tausende Kinder in den Dörfern sterben an den verschiedensten Krankheiten infolge von Unterernährung. Viele Mädchen und Knaben werden als Sklaven oder Hausangestellte verkauft; die Knaben gibt man in die Klöster als Mönche. Alljährlich geht eine große Anzahl Bäuerinnen infolge der schweren Lebensbedingungen in die Stadt, sie werden Arbeiterinnen, Angestellte oder Prostituierte. Zu diesem Schritt zwingt sie der Hunger.

Bekanntlich sind im Libanon ein Drittel der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiterinnen Mädchen, die aus entfernten ländlichen Dörfern zu Fuß zur Arbeit gehen. Sie werden grausam ausgebeutet.

Die Unternehmer zwingen den Arbeiterinnen Verträge für drei

Monate auf und haben das Recht, ihnen jederzeit zu kündigen und sie auf die Straße zu werfen, ohne irgendeine Entschädigung zu zahlen. Den Arbeiterinnen werden hohe Strafen auferlegt, die mitunter 25 und sogar 40 Prozent ihres Gesamtlohnes betragen.

Der Arbeitstag der Frauen in Syrien ist 10—14, mitunter sogar 16 Stunden lang. Die Arbeit der Frauen wird um 50—60 Prozent niedriger bewertet als die der Männer. In der Tabakindustrie erhalten die Männer täglich 500 Piaster, die Frauen hingegen nur 250 Piaster.

Arbeitstage, die infolge von Krankheit ausfallen, werden nicht bezahlt. Die Frauen erhalten keinen Schwangerschaftsurlaub. Vierzehnjährige Mädchen, die täglich 16 Stunden in der Seidenindustrie arbeiten, erhalten 100 Piaster.

In einigen Gegenden des Landes existiert bis heute der Mädchenhandel. Auch findet man hier die Vielweiberei.

Der Arbeitstag der Frauen in Burma betrug 12—14 Stunden, im Bergbau sogar 14—16 Stunden. Die Frauenarbeit wird um 45—55 Prozent niedriger bezahlt als die Männerarbeit.

Auch hier gibt es keinen Schwangerschaftsurlaub. Weder auf dem Gebiet der Technik noch im Verwaltungsapparat können Frauen arbeiten. Sie werden nicht in die Berufsschulen aufgenommen. Das Gesetz über soziale Sicherstellung und Versicherung erstreckt sich nicht auf die Frauen.

Das ökonomische Joch des Kapitalismus wird von politischer Unterdrückung begleitet, die sich besonders erniedrigend auf die Frauen auswirkt.

Unter dem Kapitalismus sind die werktätigen Frauen „die Unterdrücktesten von allen Unterdrückten“¹, sagt Genosse Stalin. Der Kapitalismus ist daran interessiert, die Frau vom Klassenkampf des Proletariats abzulenken. Er ist bemüht, die Millionenmassen der werktätigen Frauen in Einschüchterung,

¹ J. W. Stalin, „Zum Internationalen Frauentag“; Werke, Bd. 7, S. 41.

Unwissenheit, politischer Passivität und unter dem Joch ihre Kräfte übersteigender Arbeit zu halten.

Die sogenannte bürgerliche Demokratie kann die wirkliche Gleichberechtigung für alle Mitglieder der Gesellschaft nicht gewährleisten. Die Bourgeoisie und ihre Ideologen, die die bürgerliche „Demokratie“ als „klassenlos“, als „Demokratie an sich“ hinstellen, sind auf diese Weise bemüht, ihr wirkliches Wesen, die Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse über das Proletariat, über alle Werktätigen zu verbergen. Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft ist ein Deckmantel, der die Macht des Kapitals verhüllen soll. In allen kapitalistischen Ländern wird die Zusammensetzung der Regierungen von den großen Monopolen und Konzernen bestimmt. Der Staatsapparat erfüllt den Willen einer verschwindenden Minderheit, die über den Volksreichtum herrscht und die werktätigen Massen ausbeutet. So haben zum Beispiel in England zwei Prozent der Bevölkerung 67,5 Prozent des gesamten Nationalreichtums des Landes in ihrer Gewalt, und dieses Häuflein von Ausbeutern stellt die wirklichen Herren des Landes dar.

Lenin schrieb:

„Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll — das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus.“¹

J. W. Stalin verwies wiederholt auf das Wesen der bürgerlichen Demokratie als einer kapitalistischen Demokratie, einer Demokratie der ausbeutenden Minderheit, die auf Beschränkung der Rechte der ausgebeuteten Mehrheit beruht und gegen diese Mehrheit gerichtet ist.

In allen kapitalistischen Ländern, insbesondere in den kolonialen und abhängigen Ländern, haben die Frauen keinerlei politische Rechte, und auch ihre Bürgerrechte sind bedeutend beschnitten. Selbst in den Ländern, wo das Recht der Frauen auf Teilnahme am gesellschaftlich-politischen Leben formal besteht, kann es dennoch in einer kapitalistischen Gesellschaft, die auf

¹ W. I. Lenin, „Staat und Revolution“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 49.

dem Privateigentum und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen begründet ist, nicht verwirklicht werden.

Genosse Stalin lehrt:

„Unter dem Kapitalismus gibt es und kann es keine wirkliche Beteiligung der ausgebeuteten Massen an der Verwaltung des Landes geben, schon aus dem Grunde, weil selbst bei demokratischsten Zuständen unter den Verhältnissen des Kapitalismus die Regierungen nicht vom Volk, sondern von den Rothschild und Stinnes, den Rockefeller und Morgan eingesetzt werden.“¹

Das Entfachen eines wütenden Rassenschauvinismus und Nationalismus, die Verfolgung der Kommunisten und aller fortschrittlichen Kräfte im Land, die Annahme von arbeitfeindlichen Gesetzen, die Negerverfolgung und das Anzetteln von Aggressionen — das ist das wahre Gesicht der „Demokratie“ des größten kapitalistischen Landes der Welt, der Vereinigten Staaten von Amerika. Heute geht in den USA eine offene Faschisierung aller Teile des Staatsapparates vor sich, der Faschismus zeigt sich auch in allen Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens. Jedwede Äußerung einer fortschrittlichen Denkweise wird durch Gesetz verfolgt.

In England betreibt die Labour-Regierung, die eine Agentur des Großkapitals ist, auf dessen Geheiß eine Politik der völligen Unterwerfung des wirtschaftlichen und politischen Lebens des Landes unter die Interessen der amerikanischen Kriegsbrandstifter. Die Arbeiterklasse Englands organisiert Massenstreiks und fordert eine Verbesserung ihrer materiellen Lage, doch als Antwort darauf verfolgt und verhaftet die „Arbeiterregierung“ diejenigen, die gegen die Schwächung der Lebensrechte der englischen Werktätigen kämpfen.

Die Regierung Frankreichs, die ein Schützling der Wallstreet ist und deren Befehle ausführt, läßt auf streikende Arbeiter und Demonstrationen der Werktätigen schießen; sie ist bemüht, den Abgeordneten der Kommunisten die Sitze im Parlament zu neh-

¹ J. W. Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, Werke, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 102.

men und verfolgt die demokratischen Organisationen. Gegenwärtig ist Frankreich von amerikanischem Militär faktisch besetzt. Der verlogene Charakter der bürgerlichen „Demokratie“ zeigt sich besonders deutlich in der politischen Diskriminierung der Frauen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika besaßen die Frauen nach der im Jahre 1787 angenommenen Verfassung kein Wahlrecht. Sie erhielten es erst 1920 nach anhaltendem und hartem Kampf, der dazu führte, daß der 66. Kongreß eine spezielle, die 19. Abänderung der Verfassung annahm, die das Frauenstimmrecht betraf.

Die amerikanische Frau wurde jedoch dadurch, daß sie das Wahlrecht erhielt, nicht gleichberechtigt. Das beständige folgende Angaben: Von 1917 bis 1945 saßen insgesamt nur 38 Frauen in den 15 amtierenden Kongressen (die aus Senat und Repräsentantenhaus bestehen). Während dieser Zeit bestand das Repräsentantenhaus aus 435 und der Senat aus 96 Mitgliedern. Im Senat waren in der angegebenen Periode nur fünf Frauen. Dem 79. Kongreß, dessen Legislaturperiode am 3. Januar 1947 abließ, gehörten neun Frauen als Mitglieder an (eine Frau dem Senat und acht Frauen dem Repräsentantenhaus). Dem Repräsentantenhaus des 80. Kongresses gehörten insgesamt sieben Frauen an. Im Senat des 81. Kongresses der USA befindet sich nur eine Frau.

In einzelnen Staaten, wie zum Beispiel Wisconsin, wird die Frau nach dem Gesetz überhaupt nicht zur Teilnahme an der Arbeit eines gesetzgebenden Organs zugelassen. In den meisten Staaten kann die verheiratete Frau nur an ihrem Wohnort abstimmen. Nur in sieben Staaten ist der Frau gestattet, dort abzustimmen, wo sie es wünscht. Nach den geltenden Gesetzen kann eine Frau, die von ihrem Mann wirtschaftlich abhängig ist, nicht zu irgendwelchen Wahlfunktionen gewählt werden.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war von überragender Bedeutung für die Entfaltung der demokratischen Bewegung in allen Ländern der Welt. Die infolge der zunehmenden revolutionären Stimmung in Europa beunruhigte Regierung

Englands sah sich gezwungen, Zugeständnisse zu machen, denen zufolge im Jahre 1918 die englischen Frauen von ihrem 30. Lebensjahr an das Wahlrecht erhielten, die Männer hingegen haben dieses Recht schon mit 21 Jahren. Erst 1927 wurde den englischen Frauen das Wahlrecht unter den gleichen Bedingungen wie den Männern zugestanden.

Die Frauen Frankreichs und Italiens erhielten das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, erstmalig nach dem zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 und die Frauen Belgiens erst im Jahre 1949.

Jedoch haben die Frauen Frankreichs bis heute noch nicht das Recht, eine Anzahl bestimmter Funktionen in der Verwaltung zu bekleiden sowie bestimmte Berufe zu wählen. So dürfen zum Beispiel Frauen keine leitenden Stellen in großen Banken und Versicherungsorganen einnehmen, als Bauleiter arbeiten, irgendwelche Funktionen im Eisenbahnverkehrswesen ausüben, Geologen, Landärzte, Notare usw. sein.

Alle diese Berufe sind in Frankreich den Männern vorbehalten. Jahrhundertlang haben die Frauen Japans keinerlei politische Rechte gehabt. Die durch Jahrhunderterte überkommenen Traditionen, die im Lande im Interesse der herrschenden Klassen, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie, gepflegt wurden, verwarnten die japanische Frau in eine demütige, unterwürfige Sklaverei: Die Frau hat nicht das Recht, auf der Straße neben ihrem Mann zu gehen, sie muß ihm seitlich folgen, die Frau darf nicht in einem Zimmer anwesend sein, wo Männer ein geschäftliches Gespräch führen, und wenn im Haus Gäste sind, darf die Frau nicht mit den Männern am gleichen Tisch sitzen und ist verpflichtet, ihnen aufzuwarten.

1945, nach der Kapitulation Japans im zweiten Weltkrieg, betrafen einige im Lande durchgeführte unbedeutende demokratische Umwandlungen auch die Lage der Frauen: Sie erhielten das Stimmrecht. Jetzt hat die japanische Soldateska unter der Herrschaft des amerikanischen Imperialismus ihr Haupt erhoben und unterdrückt jedwede demokratische Bewegung; die Lage der

Werkstätigen Japans wird immer schwerer, und die rechtliche Gleichstellung der Frauen mit den Männern hat rein formalen Charakter.

Gleiche Rechte wie die Männer haben *formal* (nach dem Gesetz) die Frauen in 35 kapitalistischen Ländern. Faktisch können sie diese Rechte jedoch nicht ausnutzen, wie wir an den oben angeführten Beispielen sahen.

In zehn Ländern der Welt (Bolivien, Guatemala, Griechenland, Mexiko, Peru, Portugal, Salvador, Neuseeland u. a.) haben die Frauen nur beschränktes Wahlrecht.

In 16 Ländern (Schweiz, Ägypten, Irak, Iran, Spanien, Libanon, Syrien, Äthiopien usw.) sowie in 100 kolonialen Ländern, Mandatsgebieten und Protektoraten haben die Frauen keinerlei Rechte und bleiben weiterhin eingeschüchterte und unterjochte Hausklavinnen.

Neben der politischen Rechtlosigkeit ist die Frau in den kapitalistischen Staaten auch der elementaren Bürgerrechte beraubt, sie ist in der Familie nicht gleichberechtigt.

Beispielsweise ist in Artikel 501 des Gesetzbuches des Staates Georgia in den USA die Abhängigkeit der Frau vom Ehemann klar und deutlich formuliert:

„Der Ehemann ist das Haupt der Familie, und die Ehefrau ist ihm untertan; ihre gesetzliche zivile Existenz ist mit der Existenz des Ehemannes untrennbar verbunden mit den Ausnahmen und in dem Maße, wie das Gesetz für sie eine selbständige Existenz vorsieht, sei es zu Schutz und Nutzen oder sei es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.“

In einer Reihe von Staaten der USA hat die Frau nicht das Recht, irgendwelche Verträge abzuschließen; im Falle der Scheidung erlischt das Recht der Frau auf die unbewegliche Habe. Dem Mann steht das Recht der uneingeschränkten Verfügung über das gesamte Eigentum zu, unabhängig vom Umfang seines Beitrages zu diesem Eigentum; nur der Mann hat ein Recht auf die Einkünfte aus dem gemeinsamen Vermögen; der Verdienst der Frau geht in das gemeinsame Vermögen ein, jedoch hat nur der Mann das Recht, darüber zu verfügen; eine Ehefrau braucht

das Einverständnis des Mannes oder des Gerichts, um in eigener Sache handeln zu können oder einen Beruf zu ergreifen.

In Artikel 213 des Bürgerlichen Gesetzbuches Frankreichs ist festgelegt, daß „die Ehefrau verpflichtet ist, sich ihrem Mann unterzuordnen“. Die französische Frau hat bis auf den heutigen Tag keine Elternrechte an ihren Kindern, sondern nur der Vater. Es ist kurios, daß während des ersten Weltkrieges, als die Väter an die Front gingen, ein Sondergesetz erlassen wurde, das der Mutter das Recht auf Erziehung und Vertretung der Vermögensinteressen der Kinder zubilligte. Nach Beendigung des Krieges wurde dieses Gesetz jedoch wieder aufgehoben.

Das Bürgerliche sowie das Ehegesetzbuch Argentiniens spiegeln das Fehlen der juristischen Gleichheit von Frau und Mann sowohl in der Familie als auch in der Gesellschaft sowie die Herrschaft des Mannes in der Familie wider; so hat die Frau nicht das Recht, über erworbenes Eigentum zu verfügen, und hat an ihren Kindern nicht die gleichen Rechte wie der Vater. In Argentinien besteht außerdem ein Gesetz, nach dem die Ehescheidung unmöglich ist.

In Australien gibt es ein Gesetz, nach dem eine Lehrerin sofort entlassen wird, wenn sie sich verheiratet.

In einigen Ländern steht das Scheidungsrecht ausschließlich dem Manne zu. So kann sich zum Beispiel im Iran der Mann von der Frau trennen, wann oder aus welchem Anlaß es ihm beliebt. Die Frau hingegen hat nicht das Recht, sich scheiden zu lassen. Das iranische Bürgerliche Gesetzbuch sichert dem Mann das Recht, seiner Frau diesen oder jenen Beruf zu verbieten. Wenn die Frau nicht mit ihrem Mann zusammenlebt, hat sie das Recht, einen Sohn nur bis zu zwei und eine Tochter nur bis zu sieben Jahren zu erziehen, danach verliert sie das Recht auf die Kinder ganz.

Im Iran erhält die Frau, sei es die Mutter, Schwester, Ehefrau oder Tochter, ein kleineres Erbe als der Mann. Die Tochter erhält die Hälfte des Anteils des Sohnes. Wenn ein Ehemann keine anderen Erben hat, so erhält die Frau sogar in diesem Falle nur ein Viertel des Erbes, während ein Mann unter entsprechenden Bedingungen das gesamte Erbe erhält.

In Indien werden Eheschließungen stets von den Eltern oder vom Vormund festgelegt. In den indischen Familien ist es nicht Brauch, daß sich eine Frau ihren Ehemann selbst wählt. Nach Sitte der Hindus hat die Frau kein Recht auf Scheidung. Eine Scheidung wird nur auf die einseitige Forderung des Mannes hin ausgesprochen.

Eine Befreiung der Frauen in den kapitalistischen Ländern von dem jahrhundertalten Joch, die Herstellung einer wirklichen und nicht nur formalen Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft können nicht verwirklicht werden, solange die Macht in den Händen der Ausbeuterklassen verbleibt.

Das Beispiel der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie zeugt davon, daß diese Frage nur bei Errichtung einer wahren Volksmacht gelöst werden kann.

Der untrennbare Zusammenhang, der zwischen der Aufgabe, die Frau wirklich zu befreien, und der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Imperialismus und der Eroberung der Volksmacht besteht, hat seinen Ausdruck in den Programmen der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder gefunden.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens weist zum Beispiel in ihrem neuen Programm darauf hin, daß nach der Errichtung der Volksmacht in England die dann geschaffene Volksregierung unter anderen grundlegenden Maßnahmen unverzüglich für Männer und Frauen das Prinzip der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit auf allen Gebieten des Staatsdienstes und in allen Zweigen der Industrie und des Handels einführen wird; um die bestehenden Schwierigkeiten zu beheben, die eine weitestgehende Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben des Landes verhindern, wird die notwendige Anzahl von Kinderkrippen, Kindergärten usw. geschaffen werden.

Mit jedem Tag wächst und erstarkt in der ganzen Welt die Friedensbewegung. Die breiten Volksmassen aller Länder haben erkannt, daß die Vertheidigung des Friedens ihre ureigenste Sache

ist, daß sie durch ihre Entschlossenheit, Aktivität und Festigkeit die Brandstifter eines neuen Krieges an der Verwirklichung ihrer barbarischen Absichten hindern können.

„Der Friede wird erhalten und gefestigt werden“, lehrt Genosse Stalin, „wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und den Frieden bis zum Äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegshetzern gelingt, die Volksmassen durch Lügen irrezuführen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen.“

Deshalb ist jetzt die breite Kampagne zur Erhaltung des Friedens als Mittel der Entlarvung der verbrecherischen Machenschaften der Kriegshetzer von erstrangiger Bedeutung.¹

Die Bewegung des Friedenskampfes umfaßt jetzt Hunderte Millionen Menschen. Unter dem Banner des Kampfes gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus haben sich Menschen verschiedenster Nationalitäten und Religionen, verschiedenster Klassen und politischer Parteien vereinigt.

Die Stalinsche Friedensidee begeistert die einfachen Menschen aller Länder und rüstete sie mit einer unbesiegbaren Waffe zur Abwendung eines neuen blutigen Menschenmordens aus.

Die führende Kraft dieser großen Weltfriedensbewegung ist das Sowjetvolk.

Der konsequente und entschlossene Friedenskampf der Sowjetunion ist die entscheidende Voraussetzung für die Abwendung eines Krieges und die Sicherung der Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Völker. Die Völker aller Länder begrüßten mit großer Begeisterung, mit dem Gefühl tiefer Dankbarkeit die Erklärung des Genossen Stalin in seinem Interview mit einem Korrespondenten der „Prawda“:

„Was die Sowjetunion betrifft, so wird sie auch weiterhin unbeirrbar eine Politik der Verhinderung des Krieges und der Erhaltung des Friedens verfolgen.“²

¹ J. W. Stalin, Interview mit einem Korrespondenten der „Prawda“; „Einheit“, Heft 3, Februar 1951, Dietz Verlag, Berlin, S. 149.

² Ebenda.

Die Bewegung des Friedenskampfes vereint die viele Millionen Mitglieder zählenden Massenorganisationen der Gewerkschaften, der Schriftsteller und Wissenschaftler, der Jugend, der Studenten und die internationalen Organisationen der Journalisten, Juristen und Genossenschaftler.

Von großer Bedeutung ist die aktive Teilnahme der Frauenorganisationen an der internationalen Friedensbewegung.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Frauen zu einer großen politischen Kraft. Sie erkannten, daß das Schicksal ihrer Familien, das Schicksal ihrer Kinder von ihnen selbst, von dem Grad ihrer Aktivität im Friedenskampf, von ihrer internationalen Solidarität abhängt.

In der Avantgarde der Friedensbewegung der Frauen stehen die Frauen der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie.

Die Internationale Demokratische Frauenföderation ist eine mächtige Organisation, in der die demokratischen Frauen der ganzen Welt vereinigt sind. Sie zählt über 91 Millionen Frauen aus 59 Ländern der Erde als Mitglieder. Die Föderation stellt sich zur Aufgabe, die Interessen der werktätigen Frauen zu verteidigen, und kämpft für deren politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung, für den Frieden und die Entlarvung der Aggressoren.

Bereits in der Gründungsperiode der IDFF arbeitete das Initiativkomitee für die Einberufung des I. Internationalen Kongresses ein ökonomisches Programm aus, in dem sich schon damals die Interessen der Frauen als Mütter, Arbeiterinnen und Bürgerinnen widerspiegeln. Wie das Initiativkomitee bekanntgab, werde die künftige Organisation auf ökonomischem Gebiet für die Frauen das Recht erwirken, in jedem beliebigen Wirtschaftszweig zu arbeiten, jeden beliebigen Beruf zu wählen, den gleichen Lohn wie die Männer für gleiche Arbeit zu erhalten, dieselben Möglichkeiten für die Berufsausbildung und das Aufdrücken in alle verantwortungsvollen Stellungen zu haben wie die Männer; sie werde fordern, der Ausbeutung der Frauen als billigster Ar-

beitskraft ein Ende zu setzen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, den Kindern einen Frieden zu sichern, der sie für immer von der Bedrohung durch Not und Krieg befreit, von allen Regierungen werde sie die Schaffung des erforderlichen Systems des Gesundheitsschutzes und befriedigende Wohnverhältnisse verlangen.

Nachdem die IDFF gegründet war, wurden in ihrem Statut die vom Initiativkomitee bekanntgegebenen Grundprinzipien konkretisiert.

In den fünf Jahren ihres Bestehens ist die IDFF mehrfach vor der Organisation der Vereinten Nationen für den Schutz der ökonomischen Rechte der Frauen eingetreten.

Die IDFF nutzte alle vorhandenen Mittel aus, um diese Frauen durch ihre Vertreterinnen vor die UN zu bringen, und unterstützte durch Deklarationen die Vorschläge des Weltgewerkschaftsbundes; jedoch in den fünf Jahren ihres Bestehens hat die UN nicht eine einzige Resolution angenommen, die einer Entscheidung der Frage der Gleichberechtigung der Frauen auch nur um einiges nähergekommen wäre. Die praktischen Vorschläge zu den politischen und ökonomischen Rechten der Frauen, zu ihrem Recht auf Bildung usw., die die sowjetische Delegation einbrachte, wurden von dem Befehl der Delegierten der USA und Englands gehorsamen Mehrheit der UN abgelehnt.

Die IDFF hat auf ihren Kongressen, in den Sitzungen des Exekutivkomitees und des Rates dem Schutz der ökonomischen Rechte der Frauen und Kinder eine große Bedeutung beigemessen.

Auf der Ratstagung, die im Oktober 1949 in Moskau stattfand, wurden sehr wichtige Beschlüsse auf diesem Gebiet gefaßt. Der Rat empfahl dem Exekutivkomitee der IDFF und ihren nationalen Organisationen, (gemeinsam mit dem Weltgewerkschaftsbund und den nationalen Gewerkschaftsvereinigungen) neben der allseitigen Entwicklung des Friedenskampfes auch den Kampf gegen die Angriffe der Reaktion auf die Lebenslage der Werktätigen zu verstärken. Der Rat rief dazu auf, aktiv zu kämpfen für:

a) die Aufhebung der arbeiterfeindlichen Gesetze;

b) die Verwirklichung des Prinzips: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen;

c) die Erhöhung der Ausgaben für soziale Belange der Werktätigen durch Einschränkung der Rüstungsausgaben und Einstellung des Wettrüstens.

Bei der Einbeziehung der Frauen in diesen Kampf wurde empfohlen, neben anderen auch solche Kampfmaßnahmen anzuwenden wie die Sammlung von Unterschriften unter ökonomische Forderungen, die Erörterung von Gesetzentwürfen in Massensammlungen der Frauen für den Schutz der Rechte von Frauen und Kindern sowie Teilnahme und Hilfe für die Familien streikender Arbeiter.

Die Grundlage der täglichen praktischen Arbeit der IDFF bildet die Verwirklichung der Beschlüsse und Aufrufe der Weltfriedenskongresse und des Weltfriedenstrats, die den Schutz der Interessen breiter Bevölkerungsschichten des Erdballs vor der Gefahr eines neuen Krieges zum Ziele haben.

Die fortschrittlichen Frauen ziehen zu ihrer Bewegung Menschen der verschiedensten Bevölkerungsschichten, verschiedener Parteizugehörigkeit, verschiedener religiöser Anschauungen heran, die jedoch alle ein Gedanke vereint, den Krieg zu verhüten und den drohenden Hunger und das Elend abzuwenden.

Die Kampfmethoden der demokratischen Frauenvereinigungen in den kapitalistischen Ländern sind sehr mannigfaltig: angefangen von ökonomischen Kampfmitteln, Ausständen und Streiks, bis zu Demonstrationen und Hungermärschen, von Petitionen und „Friedensheften“ bis zu der großen Bewegung gegen die Arbeitslosendiskriminierung, der Hilfe für die Familien von Streikenden sowie dem Kampf gegen die Entladung von Kriegsgesetz.

Millionen Frauen in der ganzen Welt sammelten Unterschriften unter den Stockholmer Appell für das Verbot der Atomwaffe.

In den Ländern der Volksdemokratie, wo Regierung und Volk eins sind in ihrem Streben nach Frieden, ging die Unterschriftensammlung unter den Stockholmer Appell unter großer Anteilnahme vor sich und wurde in kurzer Zeit abgeschlossen: In Albanien war die Unterschriftensammlung nach zwei Monaten beendet, in Ungarn und Polen nach drei Monaten, in Bulgarien nach einem Monat, in der Tschechoslowakei nach zwei Wochen. Fast die gesamte erwachsene Bevölkerung in den Ländern der Volksdemokratie unterschrieb diesen Appell.

Die Mitglieder und Aktivistinnen der Frauenorganisationen in den Ländern der Volksdemokratie haben bei der Unterschriftensammlung sowie der Erläuterung der Bedeutung des Appells unter der Bevölkerung großes geleistet.

Die Frauen in den kapitalistischen Ländern müssen den Friedenskampf unter ungeheuer schwierigen Bedingungen der Verfolgung und des direkten faschistischen Terrors führen. Nichtsdestoweniger leisten die Frauen Englands, Frankreichs, Italiens, Amerikas, der Länder Asiens u. a. ohne Furcht vor den Drohungen und Verfolgungen eine riesige Aufklärungsarbeit und erlangen eine verhältnismäßig sehr große Anzahl Unterschriften unter den Appell. So sammelte zum Beispiel Firmine Marzi, eine einfache italienische Frau, Arbeiterin in einer römischen Druckerei, 17 000 Unterschriften. Ungeachtet des Verbots unterschrieben in Italien Tausende katholischer Frauen den Stockholmer Appell.

10 056 Unterschriften unter den Appell sammelte die Französin Jeanne Plusquemeque gemeinsam mit ihrem Sohn in Brest, und Germaine Dufrière, Mitglied der Organisation des Bundes Französischer Frauen in Le Havre, sammelte 6 277 Unterschriften.

Der Bund Französischer Frauen entfaltete eine lebhaftere Tätigkeit in der Einbeziehung der Frauen in die Reihen der Friedenskämpfer. Der Bund stellte sich die Aufgabe, Tausende von Frauenvolkskomitees für den Kampf gegen Krieg und Elend zu gründen. Diese Volkskomitees werden auf breiter Basis geschaffen, und sie vereint alle ein gemeinsames Ziel, der Kampf gegen die

Kriegskredite und gegen die von der Regierung betriebene Kriegspolitik. So versammelten sich zum Beispiel in Banville (Vorort von Paris) 20 Mütter, deren Söhne in der Armee dienen oder in Kürze einberufen werden sollten, und erörterten die Kampfmethodik gegen die Verlängerung der Militärdienstzeit von 12 auf 18 Monate. Sie beschlossen, sich zu einem Volkskomitee zum Kampf gegen die achtzehnmonatige Militärdienstzeit zusammenzuschließen und eine Delegation zu ihren Abgeordneten mit der Forderung zu entsenden, gegen das Gesetz über die achtzehnmonatige Militärdienstzeit zu stimmen.

Eine eigentümliche Kampfform, die diese Volkskomitees gefunden haben, sind die „Friedenshefte“, in denen die Bevölkerung Frankreichs ihren Protest gegen den Krieg sowie die Forderung an die Regierung, das Wettrüsten einzustellen, zum Ausdruck bringt.

Der Stadtrat René Demontage (La Tronche) schrieb in eines dieser Hefte folgendes:

„Warum müssen wir gegen die 18 Monate kämpfen? Weil drei Jahre (Dauer der Militärdienstpflicht vor dem Krieg 1914. S. G.) den Krieg von 1914—1918 nach sich zogen. Zwei Jahre brachten die Jahre 1939—1945 mit sich, und 18 Monate, die Jules Moch als Minimum erachtet, sind das Präkudium und die Vorbereitung für einen neuen Konflikt. Somit stellen wir fest: Die Schulen sind infolge der wachsenden Kinderzahl überfüllt, doch die Kredite werden für die Vorbereitung eines Krieges verwendet, anstatt Mittel für zusätzliche Lehrkräfte und den Bau von Schulen zur Verfügung zu stellen. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen werden ebenfalls verringert, wissenschaftliche Institutionen und Laboratorien, die Forschungen im Kampf gegen Krebs, Tuberkulose und andere Geißeln der Menschheit anstellen, existieren von Sammlungen und Stiftungen seitens Privatpersonen, während ihnen staatliche Hilfe versagt wird oder diese auf ein Minimum zurückgegangen ist. Darum müssen wir uns ohne Ansehen unserer politischen, philosophischen und gesellschaftlichen Zugehörigkeit vereinigen, um den Kriegsbrandstiftern unseren Friedenswillen entgegenzustellen.“

Die Französin Louise Treppaut (La Tronche, Isère) schrieb:

„Die französischen Mädchen wollen keinen Krieg. Wir träumen von einer glücklichen Jugend, von der Gründung eines eigenen Herdes; wir

haben keinerlei Perspektiven; es gibt keine Wohnungen, und überall grasiert die Arbeitslosigkeit. Das Land hat sich noch nicht vom letzten Krieg erholt, und die Regierung bereitet schon wieder den nächsten Krieg vor. Wir wollen nicht länger zusehen, wie unsere Jugend und unsere Brüder zum Militärdienst gehen, wir wollen nicht im Elend leben und alle diese Schrecken von neuem durchmachen. Um dem zu entgehen, werden wir alle für den Frieden kämpfen.“

Herr und Frau Tepette schrieben Ähnliches:

„Zwei Kriege im Laufe unseres Lebens, nicht mehr und nicht weniger als zwei Kriege und noch immer regieren in der Welt die Krupp, Wendell und anderen Menschenmörder, während es der einzige Wunsch der Menschen ist, für ein Leben in Frieden arbeiten zu können.“

Es lebe der Frieden in der ganzen Welt!“

Für den 30. September 1950 organisierten der Bund Französischer Frauen, die Frauenkommission der Kommunistischen Partei und der Allgemeine Französische Gewerkschaftsbund einen Nationaltag zum Schutze der Familie gegen Elend und Krieg. In seinem Appell rief der Bund Französischer Frauen darauf, diesen Tag unter den Losungen durchzuführen: „Fort mit den Kanonen!“, „Es sind genug Milliarden für den Krieg ausgegeben; wir fordern Brot, ausreichenden Lohn, Mittel für den Gesundheitsschutz sowie für die Ausbildung der Kinder!“, „Frauen, legt euren Friedenswillen als Forderung in den ‚Friedensheften‘ nieder!“, „Ihr Mütter der Rekruten und Soldaten, erhebt euch gegen die Verlängerung der Militärdienstzeit!“, „Hilfe den notleidenden Kindern!“. Der 30. September verlief in Frankreich mit großem Erfolg: In Kundgebungen und Versammlungen, in Betrieben, Behörden und auf den Marktplätzen unterschrieben die Frauen Petitionen gegen das Elend, gegen die steigenden Lebenshaltungskosten, gegen die Verlängerung der Militärdienstzeit auf 18 Monate, für einen Mindestarbeitslohn von 17 550 Francs anstelle des aufgestellten Minimums von 12 000 Francs. 5000 Pariserinnen sandten von einer Versammlung in Paris ein Telegramm an die UN, das die Forderung enthielt, „unverzüglich mit der Erörterung der von Wyschinski ein-

gebrachten Vorschläge der Sowjetregierung zu beginnen, weil nur sie den Frieden sichern können“.

Im Kampf gegen das Sinken des Arbeitslohns verbreitete der Bund Französischer Frauen folgendes Flugblatt:

„Unser Lohn ist außerordentlich niedrig, in vielen Arbeiterfamilien herrscht Elend, unsere sozialen Errungenschaften, besonders auf dem Gebiet der sozialen Versorgung, sind Angriffen ausgesetzt, Arbeiterfunktionäre werden ins Gefängnis geworfen und ihre Anhänger aus der Arbeit entlassen. Und all das geschieht deshalb, weil unsere Regierung in Vietnam einen imperialistischen Krieg führt und sich geschäftig auf einen dritten Weltkrieg, einen Krieg gegen die Sowjetunion, vorbereitet.“

Nach dem Zweiten Weltfriedenskongreß entfalten die Frauen Frankreichs, die Mitglieder des Bundes Französischer Frauen, ihre weitere Arbeit im Zeichen der Erfüllung der Beschlüsse des Kongresses. Die französischen Frauen beteiligen sich aktiv an der Sammlung von Unterschriften unter das Bulletin einer Volksbefragung, das der Bund „Kämpfer für Frieden und Freiheit“ gegen die Aufrüstung Westdeutschlands organisierte. Der Wortlaut des Bulletins lautet:

„Volksbefragung. Die Aufrüstung Westdeutschlands, mit der sich die Regierung einverstanden erklärt hat, verstärkt die Gefahr eines Krieges bedeutend und bedroht die Sicherheit Frankreichs. Alle Franzosen müssen ihre Meinung äußern und haben ein Recht darauf. Ich bin gegen die Aufrüstung Westdeutschlands.“

Hunderttausende haben dieses Bulletin bereits unterschrieben. Am 13. Dezember 1950 wurde in Marseille aus Protest gegen den Regierungsbeschluß über die Wiederaufrüstung Westdeutschlands eine Massendemonstration durchgeführt.

Das gesamte italienische Volk hat sich dem Friedenskampf angeschlossen. Eine Protestwelle erfaßte das ganze Land, als die italienische Regierung auf Befehl der USA beschloß, 15 000 Arbeiter der metallurgischen und der Maschinenbauindustrie zu entlassen, die sich geweigert hatten, für den Krieg zu arbeiten. Die Jugend Italiens protestiert gegen eine außerplanmäßige Einberufung zur Armee.

Die italienischen Werktätigen treten in einmütiger Geschlossenheit gegen die von der italienischen Regierung auf Geheiß Washingtons betriebene Vorbereitung eines neuen Krieges auf. In diesem Kampf spielen die italienischen Frauen keine geringe Rolle. Eine der Formen des Protestes gegen die Produktion von Kriegsgewehr ist zum Beispiel das Anbringen eines Plakates über dem Arbeitsplatz, das folgende Worte trägt: „Diese Maschine wird niemals für den Krieg arbeiten.“

Viel Mut und Findigkeit zeigten die holländischen Frauen bei der Unterschriftensammlung für den Stockholmer Appell: Sie besuchten Betriebe und Krankenhäuser, gingen auf die an den Anlegestellen der holländischen Häfen liegenden Schiffe und gewannen Arbeiter, Techniker und Matrosen.

Auch die Bevölkerung Hollands protestierte energisch gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands. In verschiedenen Bezirken Amsterdams fanden Demonstrationen statt, an denen sich Arbeiter, Hausfrauen und Studenten beteiligten. Sie drückten ihren Unwillen über die Wiederbewaffnung der Nazis aus.

Die Frauen der Deutschen Demokratischen Republik sandten gemeinsam mit den Frauen Westdeutschlands 750 000 offene Briefe an Adenauer, die ihren Protest gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands enthielten.

Die ganze Welt ist mit Bewunderung erfüllt über den Kampf des koreanischen Volkes und der chinesischen Freiwilligen, die mit beispielloser Tapferkeit gegen die Armeen der amerikanischen Aggressoren kämpfen. Den amerikanischen Unterdrückern brennt der Boden unter den Füßen. Die gesamte Bevölkerung Koreas hilft der Volksarmee, den Feind zu vernichten und das Heimatland zu verteidigen.

Die koreanischen Frauen helfen aufopferungsvoll ihrer Armee und arbeiten für den Sieg.

Starken Widerhall fand in allen Ländern der Zweite Weltfriedenskongreß in Warschau. Die nationalen Frauenorganisationen entfalteten in den einzelnen Orten eine lebhaftere Tätigkeit, um breiten Bevölkerungsschichten die Kongreßbeschlüsse

zu erläutern und die Bevölkerung zu einem noch aktiveren und energischeren Kampf gegen die Kriegsbrandstifter heranzuziehen.

So wurden zum Beispiel in den Vereinigten Staaten von Amerika anlässlich der Rückkehr der Kongresteilnehmer Kundgebungen und Versammlungen organisiert, auf denen die Delegierten über die auf dem Kongress gefaßten Beschlüsse berichteten.

Am 30. November 1950 besetzte eine Delegation der Organisation „Amerikanische Frauen für den Frieden“ das Gebäude des Sozial- und Wirtschaftsrats der UN und improvisierte dort eine Kundgebung für den Schutz des Friedens.

Am 20. Dezember 1950 veranstalteten mehr als 300 Einwohnerinnen der Stadt Birmingham (im Staat Alabama), Frauen und Mütter nach Korea geschickter Soldaten, eine Zusammenkunft, auf der sie die Abberufung der amerikanischen Truppen aus Korea forderten.

Diese Forderungen wurden von dem Vereinigten Rat kirchlicher gesinnter Frauen der Stadt Akron (im Staat Ohio) und den Hausfrauen von Los Angeles unterstützt. Im Staate New Jersey wandten sich die der Vereinigung der Kirchenanhänger angehörenden Frauen und die Farmer an die Bürger mit einem Aufruf, an Präsident Truman Briefe und Telegramme zu senden mit der Forderung nach einer friedlichen Lösung aller internationalen Konflikte. Ähnliche Aufrufe erließ auch die Organisation „Frauen für den Frieden“ an die Bevölkerung der Staaten Washington, Michigan, Nordkarolina sowie der Städte Cleveland, Boston und Philadelphia.

Das nationale Friedenskomitee Kanadas organisierte mit tatkräftiger Unterstützung des „Kongresses der Kanadischen Frauen“ zahlreiche Aktionen für die Anerkennung der Volksrepublik China durch Kanada sowie eine Protestkampagne gegen die Anwendung der Atombombe in Korea und für die Einstellung der dortigen Kampfhandlungen. Unter dem Druck der Volksmassen gab die Regierung Kanadas eine Erklärung

darüber ab, daß sie gegen die Bombenabwürfe auf die Mandschurei durch amerikanische Flugzeuge sei.

Das nationale Friedenskomitee in England hat sehr viel für die Popularisierung der Beschlüsse des Weltfriedenskongresses getan. Die zu einer Versammlung zusammengekommenen Hausfrauen der Stadt Paddington sandten an Attlee und Bevin ein Telegramm mit der Forderung, die Entwicklung Englands in einen Krieg nicht zuzulassen, die Wiederaufrüstung Westdeutschlands einzustellen, die englischen Soldaten aus Korea abzuziehen und die Anwendung der Atombombe zu verbieten.

Am 30. November 1951 verteilten englische Frauen, deren Söhne sich in Korea befinden, Tausende von Flugblättern in der Nähe des Hauses, in dem Churchill wohnt. In den Flugblättern heißt es: „Bringt unsere Söhne aus Korea zurück! Wir wollen nicht, daß unsere Kinder für MacArthur sterben! Wir fordern Frieden!“

Die Frauenorganisationen zahlreicher Städte protestierten gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands.

Im Dezember 1950 fand eine Versammlung der Demokratischen Frauenorganisation Japans statt, auf der die Beschlüsse des Kongresses voll und ganz gebilligt wurden. Die japanischen Frauen veröffentlichten eine Mitteilung, in der sie die Rede Trumans vom 30. November verurteilten, das Verbot der Atomwaffe forderten und gegen die Entsendung japanischer Männer nach Korea sowie gegen die Schaffung von Verhältnissen im Lande protestierten, wie sie in Kriegszeiten üblich sind.

Der Friedenswille der Völker und ihre Bereitschaft, für den Frieden zu kämpfen, wurden besonders deutlich, als der von Truman zum Oberkommandierenden der Streitkräfte der Nordatlantikpaktstaaten ernannte General Eisenhower nach Europa kam. Seine Ankunft in Paris, Rom, London, Frankfurt am Main und anderen europäischen Städten rief Massenprotestdemonstrationen und eine Welle der Empörung hervor über die Politik der unverhüllten Schaffung eines Aufmarschgebietes für den Krieg in Europa sowie über die Aufstellung einer gefügigen

Söldnerarmee aus den Söhnen europäischer Völker, über jene Politik, die von den USA mit Unterstützung der Regierungen Frankreichs, Italiens und Englands, die die Interessen ihrer Völker verraten, verfolgt wird.

Anfang Februar 1951 fand in Berlin die dritte ordentliche Tagung des Rates der Internationalen Demokratischen Frauenföderation statt.

Auf der Tagung wurde das weitere Aktionsprogramm der Föderation und der zu ihr gehörigen Organisationen beraten und festgelegt.

Die Tätigkeit der Föderation basiert auf der Verwirklichung der Beschlüsse des Zweiten Weltfriedenskongresses. Die nationalen Organisationen der Länder und alle Frauen der Welt wurden aufgerufen, die breite Aufklärung über die Beschlüsse des Kongresses fortzusetzen und dabei alle Propagandamittel auszunutzen, aktiv mit Vorschlägen, die den Aufruf des Kongresses an die UN unterstützen, hervorzutreten, einen unmittelbaren Kontakt mit den Vertretern der verschiedensten Organisationen herzustellen, um mit ihnen die Frage gemeinsamer Aktionen für die Verwirklichung des vom Kongreß vorgeschlagenen Friedensprogramms zu erörtern. Den nationalen Organisationen wurde weiterhin vorgeschlagen, Kampfmaßnahmen aller Art gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und Japans und für eine allgemeine Abrüstung anzuwenden.

Auf der Tagung wurde eine Resolution über den Kampf für die Aktionseinheit innerhalb der internationalen Frauenbewegung angenommen und der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die nationalen Organisationen der IDFF alle Anstrengungen machen werden, um die Zusammenarbeit mit allen Frauenorganisationen, die den Frieden anstreben und die Interessen der Frauen und Kinder vertreten, herzustellen; daß sie all ihre Kräfte anspannen werden, um alle Frauen in den Kampf einzubeziehen, um durch gemeinsame Aktionen mit allen Friedenskämpfern die verbrecherische Hand der Kriegsbrandstifter beiseite zu schlagen und den Frieden in der ganzen Welt zu verteidigen.

Die Tagungsteilnehmerinnen riefen alle Organisationen und alle Frauen der Welt auf, für den 8. März große Kundgebungen im Zeichen des Kampfes für die Verwirklichung der Beschlüsse des Zweiten Weltfriedenskongresses zu organisieren und an diesem Tag von ihren Regierungen die Annahme eines Gesetzes zum Schutze des Friedens zu fordern.

Auf Grund der Beschlüsse des Zweiten Weltfriedenskongresses haben sich die Friedenskämpfer noch enger zusammengeschlossen und straffer organisiert; diese Beschlüsse halfen allen Völkern zu verstehen, daß die Verteidigung des Friedens die Sache aller Völker der Welt ist, daß „man auf den Frieden nicht wartet, sondern ihn erkämpft“.

Millionen Frauen aller Länder der Welt unterstützen energisch die Forderungen des Zweiten Weltfriedenskongresses und be weisen durch die Tat, daß ihnen die Sache des Friedens und der Sicherheit der Völker teuer ist.

Heute kämpfen die fortschrittlichen Frauen gemeinsam mit allen Werktätigen für die Verwirklichung der Forderungen der im Februar 1951 abgehaltenen ersten Tagung des Weltfriedensrates über den Abschluß eines Friedenspaktes, über die friedliche Lösung der deutschen sowie der japanischen Frage, über die friedliche Lösung der Koreafrage sowie über den Kampf um den Frieden in den kolonialen und abhängigen Ländern.

Die werktätigen Frauen aller Länder unterstützen von ganzem Herzen die Resolution der ersten Tagung des Weltfriedensrates, die den Beschluß der UN brandmarkte, in dem die Volksrepublik China zu Unrecht als „Aggressor“ in Korea bezeichnet wird. Die fortschrittlichen Frauen schlossen sich der Forderung an, die UN solle zu der Rolle zurückkehren, die ihr ihre Charta vorschreibt, nämlich das Organ zu sein, wo die Regierungen Vereinbarungen treffen, und nicht das Werkzeug irgendeiner herrschenden Gruppe.

Im Kampf um den Frieden und gegen die Brandstifter eines neuen Weltkrieges lernen die Frauen aller Länder von den Frauen des Sowjetlandes.

Die Sowjetfrauen sind der stärkste und aktivste Trupp der Internationalen Demokratischen Frauenföderation.

Der Friedenskampf der Sowjetfrauen findet seinen Ausdruck in ihrer aktiven Teilnahme an der Arbeit der IDFF und anderer internationaler demokratischer Organisationen, in ihrer entschlossenen Unterstützung aller Maßnahmen zur Festigung des Friedens.

Ein wichtiger Beitrag der Sowjetfrauen zur Sache des Friedens ist ihre aufopferungsvolle Arbeit, die die Macht der großen Sowjetunion, des Bollwerks des Friedens in der ganzen Welt, stärkt.

Das Beispiel der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie, die eine konsequente Friedenspolitik verfolgen, begeistert die Werktätigen aller Länder zu einem noch konsequenteren Kampf für die große Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, gegen die imperialistischen Kriegsbrandstifter.